

Jetzt geht's ums Ganze

***Programm
der
Berliner CDU***

***für die Wahlen
am 2. Dezember 1990***

BERLIN  
Jetzt geht's ums Ganze.

Inhaltsverzeichnis

I.	Unser Berlin, die deutsche Hauptstadt	Seite 1 - 4
II.	Das ganze Berlin - Neue Qualität der Stadtgestaltung	Seite 4 - 7
III.	Die CDU hat den wirtschaftlichen Sachverstand	Seite 7 - 13
IV.	Verantwortung für die Zukunft - Wir schützen die Umwelt	Seite 13 - 15
V.	40.000 Wohnungen jährlich für Berlin	Seite 16 - 17
VI.	Schutz und Sicherheit für die Bürger	Seite 18 - 19
VII.	Soziale Sicherheit für das ganze Berlin	Seite 19 - 21
VIII.	Die beste Medizin für das ganze Berlin	Seite 21 - 23
IX.	Gleichberechtigung geht Alle an	Seite 23 - 24
X.	Stadt der freiheitlichen und vielfältigen Bildung	Seite 24 - 27
XI.	Die Stadt der Wissenschaft - das studierende, lehrende und forschende Berlin	Seite 27 - 30
XII.	Eine Kulturlandschaft von europäischer Geltung	Seite 30 - 31
XIII.	Berlin ist sportlich	Seite 31 - 33
XIV.	Ausländerpolitik für das vereinte Berlin	Seite 33 - 34

Druckfehlerberichtigung:

für einige wenige Nachlässigkeiten bitten wir um Nachsicht.

Programm der Berliner CDU

für die Wahlen am 2. Dezember 1990

I. Unser Berlin, die deutsche Hauptstadt

Die Mauer ist gefallen, Berlin ist wieder eine Stadt, nach allen Seiten hin offen und empfänglich für alle Kraftströme, die hier auf Entfaltung drängen. Hoffnungen, die sich mit der Überwindung der Teilung und der Rückkehr zum Normalen verbinden, sie können sich nun erfüllen.

Die Mauer ist gefallen und mit ihr das Regime, das Freiheit, Menschenwürde und das natürliche Streben nach Glück verhindert hat. Eine neue Zeit des Aufbaus kann beginnen.

- *Für die Berliner CDU ist es selbstverständlich, daß die Deutschen, die Opfer zweier Diktaturen waren, nun endlich die selben Lebenschancen bekommen, die ihre Landsleute im Westen seit 1949 nutzen konnten. Die Menschen in der früheren DDR haben Anspruch auf Solidarität.*
- *Für die Berliner CDU ist es selbstverständlich, daß die freiheitliche Grundordnung, die demokratischen Strukturen und Institutionen der bisherigen Bundesrepublik Deutschland Maßstab für die gesamtdeutsche Republik sind. Die deutschen Nationalfarben sSchwarz-Rot-Gold, das Adlerwappen und die dritte Strophe des Deutschlandliedes müssen auch für das vereinte Deutschland verbindlich sein.*
- *Für die Berliner CDU ist es selbstverständlich, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands und Amtssitz des Staatsoberhauptes, des Bundesparlaments und der Bundesregierung ist. Berlin ist zugleich die Stadt, in der sich Deutschland für die Welt am deutlichsten widerspiegelt.*

In der Mitte Europas

Berlin befindet sich in der Mitte des europäischen Kontinents und in der europäischen Tiefebene, der natürlichen Verbindung zwischen Ost und West. In einem Europa, das nicht mehr durch verschiedene Blöcke künstlich gespalten ist, in dem Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren und die Europäische Gemeinschaft sich nach Osten öffnet, kann unsere Stadt ihre einzigartige geographische Lage wieder voll nutzen als internationaler Treffpunkt von Menschen und als Umschlagplatz für Güter und Informationen.

Mit Berlin erhalten die Deutschen eine internationale Hauptstadt mit starker kosmopolitischer Ausstrahlung. Zugleich bieten die Deutschen ganz Europa ihre Hauptstadt als ein europäisches Zentrum an. Berlins neue Aufgabe ist eine großartige Chance und zugleich eine unumkehrbare Herausforderung. Enorme Anstrengungen sind erforderlich, jede Berlinerin und jeder Berliner werden gebraucht, damit die urbanen Prozesse, die nun in Gang kommen, für die Menschen faßbar, erträglich und auch zu ihrem Vorteil ablaufen.

- *Die Berliner CDU bekennt sich zur föderalen Struktur Deutschlands. Sie weist aber auch darauf hin, daß Deutschland künftig ein föderales Element in einem vereinten Europa sein wird und schon von daher eine mit Rom, London oder Budapest vergleichbare Hauptstadt benötigt, um nicht im europäischen Wettstreit zurückzufallen.*
- *Die Berliner CDU will, daß die Dynamik, die unsere Stadt nun entfalten kann, in einem überschaubaren Rahmen abläuft. Mit der Übernahme der Hauptstadtfunktion wird ein Rahmen gesetzt, der von der Bundesebene und von allen deutschen Bundesländern mitbestimmt werden kann. Berlin soll wachsen, aber unsere Stadt darf nicht wuchern.*
- *Die deutsche föderalistische Ordnung ermöglicht besonders auf kulturellem Gebiet Vielfalt und fruchtbaren Wettbewerb. Die Berliner CDU will, daß Berlin ein wichtiges kulturelles Zentrum in Deutschland ist. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz des Bundes und der Länder hat sich*

bewährt. Die Berliner CDU will ihre Erweiterung auf alle kulturellen Einrichtungen, mit denen unsere Stadt regionale, nationale und internationale Aufgaben erfüllt.

- *Durch ihre wiedergewonnene Stellung in Deutschland und Europa entwickelt sich unsere Stadt auch wieder zu einem Freizeit- und Sportmagneten. Die CDU wird den von ihr stammenden Plan, die Olympischen Spiele im Jahre 2000 in Berlin durchzuführen, konsequent weiterverfolgen.*
- *Die Berliner CDU will ein lebendes, tüchtiges und erfolgreiches Berlin. Aber sie wird auch darauf achten, daß die menschlichen Proportionen gewahrt bleiben. Berlin muß eine Stadt sein, die mit Freiheit und Toleranz identifiziert wird, in der eine Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensstile Platz findet, eine Stadt, die sich weiterentwickelt und zugleich Geborgenheit bietet, mit sozialer Verantwortung und voller Kreativität.*

Wir wollen Berlin wieder zu einer Stadt machen, auf die ganz Deutschland schaut und mit der sich alle Deutschen identifizieren können.

Unsere Vision: Menschlichkeit und Qualität

Berlins Unverwechselbarkeit und Unverzichtbarkeit machen mehr als Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft den Metropolencharakter aus. Für die Berliner CDU ist Politik die ständige Auseinandersetzung um die geistige Führung in der Stadt. Wir wissen: Wir schulden Berlin mehr als kompetente Sacharbeit; wir schulden Berlin die Vision einer Stadtgesellschaft, mit der sich alle Bürger identifizieren können:

Wir wollen Lebensqualität für unsere Stadt. Unsere Politik sucht Antworten auf Fragen, die mit dem Weg in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts auf uns zukommen. Was zum Beispiel werden die Änderungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe für die Menschen bringen? Was die Aufgabe der strengen Trennung von Arbeitszeit und Freizeit? Wir stehen für eine Strategie der Qualität, für eine Zukunft, in der stets gefragt wird, was Berlin der Nation geben kann. Dabei setzen wir auf Ideen und Persönlichkeiten. In Kultur und Wissenschaft, in Wirtschaft, Technik und Politik wollen wir die Besten für Berlin gewinnen, wollen wir, daß Berliner zu den Besten gehören.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der jeder sich zunächst die Frage stellt: "Was kann ich geben?", bevor er fragt: "Was kann ich bekommen?" Eine Gesellschaft, in der soziale Anerkennung vom Sein und nicht vom Haben abhängt.

Diese Politik orientiert sich an christlich-demokratischen Wertvorstellungen und Idealen. Eine Politik, die sich von diesen Idealen leiten läßt, wird eine Politik für alle Menschen sein. Was wir wollen, ist das Entstehen für das Ganze, die Partnerschaft und Solidarität der Leistungswilligen und Leistungsfähigen mit denen in unserer Gesellschaft, die ihre Leistung bereits erbrachten, noch nicht erbracht haben oder objektiv nicht erbringen können. Für diesen Anspruch wollen wir die Menschen begeistern, die jüngeren wie die älteren, die stärkeren wie die schwächeren.

Mit diesem Gemeinsinn gestalten wir eine Gesellschaft, die Antworten auf die Bedürfnisse aller Bürger findet: Freiheit zur Selbstverwirklichung, Arbeit und sicheren Lebensunterhalt, ausreichend bezahlbare Wohnungen, eine gesunde Umwelt, Möglichkeiten für Freizeit und Erholung. Wir schaffen die Bedingungen, die es wert sein lassen, in Berlin zu leben, Familien zu gründen, Kinder zu erziehen, etwas zu leisten und zufrieden älter zu werden.

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann wollen wir zu einer Selbstverständlichkeit werden lassen, die ihren Ausdruck in einer neuen Partnerschaft findet. Durch vielfältige programmatische Aussagen haben wir belegt, daß die Berliner CDU den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung zur Verfassungswirklichkeit machen will. Frauen und Männer müssen die gleiche Chance haben, ihr Können und ihr Talent bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben einzubringen.

Die Berliner CDU glaubt an die Zukunft unserer Stadt. Im Geiste der Freiheit und der Toleranz, eines solidarischen Gemeinsinns, republikanischer Tugenden und eines aufgeklärten Patriotismus wollen wir Berlins Aufgabe im geeinten Deutschland und im Europa der Zukunft erfüllen.

Unsere Stadt braucht eine glaubwürdige und handlungsfähige Regierung

Das Bündnis von SPD und Alternativer Liste trat 1989 an, um durch einen angeblich "ökologischen Stadtumbau" die Teilung Berlins zu vollenden und aus dem Provisorium West-Berlin etwas Endgültiges zu machen. Berlin (West) wurde als ein in sich geschlossenes Modell betrachtet, mit dem die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der westdeutschen Linken experimentell erprobt werden sollten.

Nach dem Fall der Mauer löste die konkrete Möglichkeit, daß das wieder vereinte Berlin Hauptstadt des geeinten Deutschlands und ein Zentrum im Herzen eines nicht weiter getrennten Kontinents ist, bei Rot / Grün heillose Verwirrung aus. Über Nacht waren weite Teile der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL Makulatur geworden. Während die SPD in letzter Minute auf den Zug zur Einheit aufsprang, verfranzte sich die AL in der ganzen Widersprüchlichkeit ihrer Deutschlandpolitik.

Den Berlinern im Westteil unserer Stadt bietet sich seitdem das traurige Bild einer sich selbst zermürbenden Koalitionsregierung. Durch die vollzogene Vereinigung der beiden Stadthälften wird diese Zerrüttung sich auf ganz Berlin auswirken.

Rot/Grün suchte die Polarisierung

Rot / Grün hatte gehofft, auf der politischen Insel West-Berlin mit einem Angebotsstrauß scheinbarer Ideallösungen eine knappe Mehrheit für sich zu mobilisieren - im Regelfall zum Schaden des anderen Teils der Bevölkerung. Es wurde nicht mehr der notwendige Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen gesucht, sondern die Polarisierung.

Die Polarisierung wurde auch bewußt gegenüber der Wirtschaft vorangetrieben, da selbst die unabdingbaren ökonomischen Rahmenbedingungen nicht in ein rot / grünes Weltbild passen.

Die Insel West-Berlin schien auch deshalb für den rot / grünen Laborversuch so ideal, weil die Halbstadt im wesentlichen durch Zuwendungen aus Bonn unterhalten wurde, folglich eigene Anstrengungen zur Vermehrung der Einnahmenseite scheinbar vernachlässigt werden konnten.

In einer Stadt, in der Millionen Menschen auf engstem Raum zusammenleben, sind Interessengegensätze nicht zu verhindern. Die Freizeitbedürfnisse der Menschen geraten in Gegensatz zu den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes, die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer in Gegensatz zu den Entfaltungswünschen der Straßenanlieger, Gewerbe- und Industrieansiedlungen in Gegensatz zu ungestörtem Wohnen, der Wohnungssuchende in Gegensatz zum Schrebergärtner, der Sport in Gegensatz zum stadtnahen Grün.

Die Kunst demokratischer Politik besteht im Ringen um faire und sachdienliche Kompromisse. Der rot / grüne Dauerkonflikt ergab sich aus einer Politik einseitiger Maximalforderungen. Diese orientierten sich jedoch nicht an den objektiven Erfordernissen eines Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsstandorts und auch nicht an den finanziellen Möglichkeiten Berlins. Die einfache, kleine, scheinbar heile Welt wurde mit den Zwängen einer modernen, arbeitsteiligen Leistungsgesellschaft konfrontiert. Doch das Bild friedlicher, naturverbundener, provinzieller Kleinbürger, die aus Berlin eine Ansammlung idyllischer Marktflecken machen wollten, trägt. Bei der Auswahl der Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele setzte Rot / Grün durchaus nicht auf Friedfertigkeit, sondern auf Rücksichtslosigkeit und Bevormundung.

CDU sucht den demokratischen Interessenausgleich

Die CDU unterscheidet sich in ihrem Verständnis von Politik, in ihrem Menschenbild und in ihren Überzeugungen völlig von der Politikverbindung, die SPD und AL eingegangen sind. Die Berliner CDU bekennt sich zur Lebensform der Großstadt. Sie sucht den oft mühevollen Weg des demokratischen Kompromisses. Sie polarisiert nicht die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und grenzt nicht große Teile der Bevölkerung aus.

Rot/Grün zerstörte das Vertrauen

Zu einer gedeihlichen Entwicklung einer großen Stadt gehört vor allem Vertrauen. Der rot / grüne Senat hat das Vertrauen in Berlin gründlich zerstört. Er hat damit auch den Gegner der Hauptstadt Berlin wohlfeile Argumente in die Hand gegeben:

- *Die Weigerung, das Deutsche Historische Museum als Geschenk der Bundesregierung anzunehmen, war eine bewußte Brückierung.*
- *Die beschlossene Zerstörung der Akademie der Wissenschaften im Westteil der Stadt ist eine Kampfansage gegen die Freiheit der Wissenschaft.*
- *Die ideologische Kampagne gegen den Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts führte zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des Wissenschaftsstandorts Berlin. Sie schreckt neue wissenschaftliche Ansiedlungen in der Stadt ab, da sich offensichtlich niemand auf Zusagen des Senats verlassen kann.*
- *Der Kampf um die Wiesen auf dem Potsdamer Platz anstelle der Mercedes-Benz-Ansiedlung ist ein gefährliches Spiel mit dem Investitionsstandort Berlin.*
- *Der Versuch, alle strittigen Vorgänge durch eine sachlich ungerechtfertigte Flut von Gutachten und Gegengutachten auf die lange Bank zu schieben, hat dem Ansehen der Wirtschaftsstadt Berlin insgesamt geschadet.*

Berlin steht vor riesigen Problemen und einschneidenden Veränderungen. Die Voraussetzung überhaupt, um Aufgaben anzupacken, ist eine Regierung, die diesen Namen verdient. Es muß eine Regierung sein, die der Verwaltung klare politische Richtlinien an die Hand gibt, damit Verwaltungshandeln im Interesse des Bürgers wieder möglich wird. Und es muß eine Regierung sein, deren Erklärungen eindeutig und verbindlich sind. Die Berliner CDU ist zur Regierung bereit. Die Berliner haben eine handlungsfähige und glaubwürdige Regierung verdient.

II. Das ganze Berlin - Neue Qualität der Stadtgestaltung

Berlin wurde zur Millionenstadt, weil sich hier wirtschaftliche, kulturelle, politische und wissenschaftliche Kräfte konzentrierten, von denen Magnetwirkung ausging. Durch die Teilung Deutschlands und die Spaltung Europas wurden diese Kräfte von Berlin gelähmt, der Magnet abgeschaltet. Jetzt können sich wieder die Energien dieser Stadt frei entfalten.

Eine Stadt ist ein lebendiger Organismus, die Energien und Kräfte gehen von ihren Bürgern aus. Eine falsche Politik kann die Entfaltungskräfte abwürgen.

Vernunft, Realitätssinn und Augenmaß sind das, was Berlin jetzt am dringendsten braucht. Es gilt, die Mitte zwischen Wildwuchs und Beharrung, zwischen Größenwahn und provinzieller Enge, zwischen der Hektik der Weltstadt und der Sehnsucht nach der beschaulichen Idylle zu finden. Die CDU will die jetzt entstandene Entwicklungschance Berlins kraftvoll und verantwortlich nutzen.

- *Die Berliner CDU stellt sich darauf ein, daß sich Berlin durch seine europäische Mittellage, die nun wieder wirksam wird, zu einer Drehscheibe unseres Kontinents entwickelt. Damit wird unsere Stadt auch ein wichtiges Zentrum der Weiterentwicklung von der industriellen zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.*
- *Die Berliner CDU will die nun mögliche Wachstumsphase Berlins, die Verstärkung seines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gewichts so gestalten, daß sie der Stadt nutzt und ihr nicht schadet.*
- *Die Berliner CDU gibt den Fragen, die aus einer wachsenden Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts erwachsen, erste politische Priorität. Sie steht hier für anspruchsvolle, die Möglichkeiten der Wissenschaft und des Marktes voll nutzende Wege. Die demokratischen Kräfte dürfen sich in dieser Überlebensfrage nicht länger in einem fruchtlosen Gegeneinander erschöpfen, sondern sie müssen sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die bedrohte Umwelt bewußt sein. Alle Bürger*

müssen zum Mitmachen an dieser Aufgabe gewonnen werden.

- *Die Berliner CDU weiß, daß Berlin nur in enger Verbindung mit seinem Umland bestehen kann. Deshalb setzt sie sich für ein schrittweises Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg ein.*

Berlin zu einem Stadtmodell entwickeln

Eine neue Stadtgestaltung steht unter dem Druck, mehrere Ziele zugleich angemessen zu verfolgen.

Zum einen steht die praktische Wiedervereinigung der beiden Stadthälften und die Wiederbelebung der alten Umlandverbindungen im Vordergrund. Darüber hinaus müssen im Ostteil Berlins ein großer Teil der Infrastruktur und ein heruntergewirtschafteter Wohnungsbestand erneuert werden. Zukunftssichere Arbeitsplätze und guter Wohnraum für mehr als hunderttausend Menschen müssen geschaffen werden. Die umweltzerstörende Braunkohlenheizung muß ebenso wie andere Umweltbelastungen durch umweltfreundliche Lösungen ersetzt werden.

Berlin steht vor einer wahrhaft großen Aufgabe.

Der Neubeginn aus unvollendeten, überalteten und verkommenen Strukturen bietet aber auch die einmalige Chance, Berlin zu einer Stadt zu entwickeln, die den Erfordernissen des kommenden Jahrhunderts standhält. Hierfür hat die Berliner CDU klare Vorstellungen:

- *Um den Wachstumsdruck in geordnete Bahnen zu lenken, strebt die CDU einen umfassenden Planungsverband Berlin-Brandenburg an. Die Flächennutzungspläne müssen aufeinander abgestimmt und ein einheitlicher Regionalentwicklungsplan verabschiedet werden. Die CDU will eine langfristige Planungssicherheit, die allein eine organische und über dem politischen Tageskampf stehende Entwicklung garantiert.*
- *Die CDU geht von einem gesunden Wettbewerb zwischen Berlin und den angrenzenden Kommunen aus, gleichgültig, ob es zu dem erstrebenswerten Zusammenschluß der Länder Berlin und Brandenburg kommt oder nicht. Die Bedeutung Berlins als Hauptstadt und internationales Wirtschaftszentrum macht eine gesetzliche und nicht nur eine bloß vertragliche Grundlage erforderlich. Die CDU fordert deshalb eine entsprechende Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes.*
- *Die Berliner CDU will sofort mit einer umfassenden Natur- und Landschaftsplanung für das neue Berlin beginnen. Im Hinblick auf das Gesamtgebiet unserer Stadt werden wir*
 - * *streng zu schützende Naturschutzgebiete ausweisen,*
 - * *Landschaftsschutzgebiete festlegen, wo alle zulässigen Nutzungen auf Natur und Landschaft besonders zu achten haben,*
 - * *mit einem ökologischen Waldbau die zusammenhängenden Waldgebiete erhalten und stellenweise rekultivieren*
 - * *und für die Erhaltung und Entwicklung von Grün vor allem dort sorgen, wo die Natur ihren Beitrag für eine humane und gesunde Stadt leistet.*
- *Im Berliner Umland wollen wir aus militärisch genutztem Gelände Natur- und Landschaftsschutzgebiete machen. Die ehemaligen Grenzstreifen müssen wieder in ihre natürliche Umgebung zurückgeführt werden. Die Landwirtschaft müssen wir neu ausrichten, damit sie unserer Umwelt nutzt und ihr nicht schadet. Dabei muß das Prinzip gelten, daß die Landwirte nicht nur für die erwirtschafteten Produkte, sondern auch für ihre Pflege der Landschaft Entgelt verdienen.*

Berliner Planeten-Stern-Konzept

Die CDU strebt einen Erhalt und die Weiterentwicklung einer Stadtstruktur mit vielen Zentren an. Nur mit einem solchen "Berliner Planeten-Stern-Konzept" - verdichtetes Zentrum und Teilzentren als "Planeten" - ist es möglich, die steigenden Anforderungen nach Wohn- und Arbeitsstätten und für Verkehrsleistungen auf umweltverträgliche Weise in ein bewohnergerechtes Verhältnis zu bringen. Durch Verkehrsbündelung zwischen den "Planeten" können die Wohngebiete beruhigt werden.

Der "Berliner Planeten-Stern" setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- * Gezielte und markante Verdichtung um den Hauptkern zwischen Alexanderplatz und Kurfürstendamm. Durch eine Verdichtung des Stadtkerns bleibt insgesamt auch mehr Platz für Grün.
 - * Maßvolle Erhöhung der Bebauungsdichte innerhalb des S-Bahn-Ringes und an seinem Rande mit vielen Grün- und Volksparkflächen,
 - * Schaffung von Dienstleistungszentren mit teilweise höherer Bebauung an den S-Bahn-Knotenpunkten wie Westkreuz, Ostkreuz, Tempelhof und Gesundbrunnen,
 - * Ausbau "planetentartiger" Nebenzentren und gezielte Entwicklung in das Brandenburger Umland hinein entlang der S-Bahn-Strecken.
- Die Berliner CDU will aber auch für den innerstädtischen Bereich eine zu starke Konzentration verhindern. Die westliche City und die historische Altstadt müssen miteinander verzahnt, aber sie dürfen nicht zu einem einzigen Bürokomplex zusammengeballt werden. Die CDU will in den innerstädtischen Verdichtungszone eine Mischung von Wohnungen, Verwaltungen, Gewerbe und Handel, Grün und Naherholung, Kultur und Freizeit. Eine platzraubende Flächennutzung wie das Parken gehört in unterirdische Parkhäuser am Cityrand.
- Die CDU will dem enormen Wachstumsdruck, unter dem Berlin steht, nicht dadurch nachgeben, daß die Stadt wie ein Krebsgeschwür das Umland überwuchert. Sie begreift die Stadt Berlin und die Mark Brandenburg als ein geschlossenes ökologisches Stadt-Land-Modell. Die beiden herrlichen Seenketten der Havel und der Dahme müssen zu einem die Stadt umfassenden grünen Gürtel erweitert werden, in dem sich Wald- und landwirtschaftlich genutzte Flächen abwechseln. Zusätzlich benötigte Flächen für das Wohnen, die Arbeit und für Freizeit und Erholung dürfen nur in größerem Abstand bereitgestellt werden, um eine flächendeckende Zersiedlung zu verhindern.

Gewachsene Stadtstrukturen bewahren

- Die CDU will gewachsene Stadtstrukturen bewahren und zugleich behutsam den Erfordernissen der Zukunft anpassen. Vordringlich ist es, durch Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme den weiteren Verfall zu stoppen. Vor allem im Ostteil der Stadt gilt es, Fassaden, Straßen und Plätze, aber auch markante Gebäude wieder herzustellen.
- Die Spaltung Berlins am Brandenburger Tor und die Tatsache, daß der Bezirk Mitte wie ein Keil nach West-Berlin hineinragte, brachte es mit sich, daß die alte Stadtmitte der Nutzung für die Stadt entzogen war. Es besteht nunmehr die einmalige Chance, mitten in Berlin einen hauptstädtischen Bereich zu gestalten. Die CDU wird einen internationalen Ideen- und Gestaltungswettbewerb durchführen, um die neue City zu einem vorbildlichen Lebensbereich zu machen, in dem sich Dienstleistung und Handel, großzügiges Stadtgrün, kulturelle und staatliche Nutzung mischen.
- Typische Berliner Kieze, Straßenzüge und Plätze müssen erhalten und neu belebt werden. Dies bedeutet Pflege und teilweise Wiederherstellung historisch wertvoller Stadtelemente wie Bauten, Brücken und Parkanlagen ebenso wie die Stadt ergänzende und vervollständigende Neubauten für Wohnen, Wirtschaft und Kultur.
- Die CDU will keine neue Großsiedlungen ohne vernünftige städtebauliche, umweltgerechte und bewohnerbezogene Konzepte bzw. ohne Anbindung an S- oder U-Bahn.

- Die CDU befürwortet eine innerstädtische bauliche Verdichtung unter Einschluß einer maßvollen Hochhausbebauung. Von der Hochhausbebauung nimmt sie aber ausdrücklich den historischen Altstadtkern aus.

Die Hauptstadtfunktion erfordert eine harmonische Verknüpfung historischer mit neu zu schaffenden Strukturen. Dabei gilt es, an gelungene Beispiele der Architektur und der Stadtgestaltung des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen. Die CDU läßt sich auch von einem gestalterischen Gesamtwillen leiten, einem Sinn für repräsentative Stadtdurchblicke, einem Geist, in dem Schinkelsche Tradition mit einer inzwischen ebenfalls schon klassisch gewordenen Moderne verbunden werden, und nüchternen Einsichten in die Erfordernisse der Gegenwart.

Straßen und Schienen ausbauen

Die Berliner CDU hat ein umfassendes Konzept für den Verkehr in der Hauptstadt und Metropole Berlin vorgelegt. Unsere Prioritäten liegen im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, im Bau von Parkplätzen und Parkhäusern, im Bau leistungsfähiger Durchgangsstraßen und Anbindungen der Stadt an ihr Umland sowie in der Gestaltung verkehrsberuhigter Wohn- und Spielzonen:

- Die CDU will ein optimales Netz schienengebundener Schnellbahnen, das es vielen Autofahrern erlaubt, öfter als bisher zwischen dem eigenen Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln zu "pendeln", insbesondere wenn sie nicht während der Arbeitszeit am Güter- und Dienstleistungsverkehr beteiligt sind. Dafür brauchen wir ein den bisherigen Rahmen sprengendes Programm der Planung, Bearbeitung, Finanzierung und Realisierung für U- und S-Bahn. Die M-Bahn kann eine Chance im Zubringerbereich der herkömmlichen Bahnsysteme erhalten.
- Die CDU weckt nicht die Illusion, daß eine Wahlfreiheit zwischen öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr besteht. Sowohl das Auto als auch leistungsfähige öffentliche Massentransportmittel werden benötigt, um das zu erwartende Verkehrsaufkommen einigermaßen zu bewältigen. Wir wollen aber ein häufigeres "Pendeln" zwischen den Verkehrsarten erleichtern. Unser Ziel ist nicht Verkehrsverhinderung, sondern Verkehrsverbesserung unter Anlegung ökologischer, stadtpolitischer und verkehrlicher Maßstäbe.
- Die CDU spricht sich für den Bau moderner Straßenverbindungen zwischen den Teilzentren zur Verkehrsbündelung aus. Diese müssen umweltfreundlich und möglichst mit Schallschutzmaßnahmen ausgestattet sein. Es ist für die Anwohner der mit dem neuen Durchgangs- und Umlandverkehr belasteten herkömmlichen Hauptstraßen unerträglich, auf Dauer mit Lärm und Abgasen überbelastet zu werden. Wir wollen die Stadtautobahn nach Neukölln und Treptow weiterbauen und eine leistungsfähige Nord-Süd-Straße bauen, die den Tiergarten in Tunnellage unterquert. Erst leistungsfähige Durchgangsstraßen machen die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen in reinen Wohngebieten möglich und sinnvoll.
- Die CDU will auch ein neues Konzept für den ruhenden Verkehr entwickeln. Wer das Parken am Straßenrand generell verbieten, Parkplätze bebauen und Parkhäuser verhindern will wie der rot / grüne Senat, jedoch überhaupt keine Alternative für die Autobesitzer anbietet, setzt sich zu Recht dem Vorwurf der Schikanepolitik aus.

III. Die CDU hat den wirtschaftlichen Sachverstand

Unsere Politik ist auf die Sicherung und Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerichtet. Sie hat das Ziel, jedem Berliner die Chance auf einen Arbeitsplatz zu bieten.

Das geeinte Berlin steht vor einer großen Aufbauarbeit. Im Ostteil unserer Stadt müssen besonders viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem muß verhindert werden, daß Betriebe in großer Zahl ins Umland abwandern. Nur die CDU als Partei des wirtschaftlichen Sachverstands ist in der Lage, ein aussichtsreiches Gesamtkonzept für eine gute Zukunft unserer Wirtschaft zu entwickeln und umzusetzen.

Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Für den Wirtschaftsstandort Berlin sind in der nächsten Zukunft mehr denn je verlässliche Rahmenbedingungen zur Entfaltung der wirtschaftlichen Kraft unserer Stadt unerlässlich. Berlin wird dabei auf absehbare Zeit auf eine besondere Unterstützung des Bundes nicht verzichten können. Die Berlin-Förderung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig. Sie kann nur sozial verträglich, das heißt Schritt für Schritt, abgebaut werden. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes muß sowohl bei der Arbeitnehmer-Zulage als auch bei der Berlin-Förderung für die Wirtschaft und der damit verbundenen Sicherung von Arbeitsplätzen beachtet werden.

Die Förderung der Berliner Wirtschaft muß künftig als Teil der Aufbauarbeit in den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Zukünftige Aufgaben erfordern daher besondere Förderungsarten, die sich auf das gesamte Gebiet erstrecken und ein Leistungsgefälle zwischen Berlin und dem Umland verhindern müssen.

Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört besonders auch der Ausbau der Infrastruktur, die für ein modernes und zukunftsorientiertes Wirtschaften unerlässlich ist. Das betrifft die Verkehrswege sowie das Telefonnetz und andere Formen der Datenübermittlung.

Der Großraum Berlin zeichnet sich durch eine weit überdurchschnittliche Forschungslandschaft aus. Dies ist ein entscheidender Standortvorteil für unsere Wirtschaft. Jede Politik, die Wissenschaft und Forschung einschränkt oder behindert, schadet Berlin und gefährdet bestehende Arbeitsplätze oder verhindert das Entstehen neuer Arbeitsplätze.

Gerade die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bietet die Möglichkeit, Forschungsergebnisse unmittelbar in Unternehmensprozesse einzubinden und so direkt nutzbar zu machen. Hier kann die große Erfahrung der letzten Jahre im Westteil der Stadt genutzt werden, wo durch Technologietransfer und Gründerprogramme zukunftsichere Arbeitsplätze geschaffen wurden. Diese Mittel müssen jetzt verstärkt im Ostteil der Stadt eingesetzt werden, um die wirtschaftliche Basis zu erneuern und so Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Unsere Vision ist ein Berlin, das mit seinen über 200 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, seinen über 300 Bildungseinrichtungen und seiner seit 1983 gesunden Wirtschaft jetzt zum Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern wird. Von Berlin sollen entscheidende Dienstleistungen, Finanzierungen, Lieferungen und andere Impulse ausgehen, um den Schutz der Umwelt, den Wiederaufbau der Städte, den Ausbau der Schienenwege, Telefonnetze, Straßen und Schiffswege, die Sanierung der Industrie, die Belebung von Tourismus, Gastronomie, Handel und Dienstleistungen in der ehemaligen DDR zu erreichen.

Mit diesem Schwung eines mit ihm aufblühenden Umlandes wird Berlin sich selbstbewußt den wirtschaftlichen Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes und den Erwartungen unserer osteuropäischen Nachbarn stellen können.

Für den Großraum Berlin ist ein Regionalentwicklungsplan zu erstellen, der den jetzigen Flächennutzungsplan ablöst und das Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit darstellt. Insbesondere sind die verkehrspolitischen Gegebenheiten zu berücksichtigen, die aus den nach der Grenzöffnung entstandenen Verkehrsströmen entstanden sind. Dem Wirtschaftsverkehr - sowohl auf der Schiene, als auf der Straße - wird zukünftig eine noch größere Rolle bei der Verteilung von Gütern zukommen. Falsch ist daher eine Politik, die einen Straßenrückbau zu Lasten des Verkehrs und der betroffenen Anwohner vorantreibt.

Für die weitere Erschließung des Großraums Berlin ist dringend der Neubau eines internationalen Flughafens außerhalb der Stadt erforderlich. In der Übergangszeit müssen für das ständig steigende Fluggastaufkommen die Kapazitäten der Flughäfen Schönefeld und Tegel erweitert werden. Dabei ist für die CDU der Ausbau des Lärmschutzes an den Flughäfen selbstverständlich. Auch dürfen die Flughäfen in Zukunft ausschließlich von lärmarmen Flugzeugen angefliegen werden.

Moderne Dienstleistungen fördern

Dienstleistungen werden immer wichtiger. Es sind expandierende Branchen wie die Umweltschutztechnik, die Weiterbildung, die Software-Entwicklung, die Unterhaltungs- und Freizeitbranche, das Pflege- und Gesundheitswesen, die Werbung und die neuen Finanzdienstleistungen, die neue Arbeitsplätze und die Einkommen der Zukunft bieten. Hier liegen Chancen für das ganze Berlin.

- *Wir wollen engagiert das im Dienstleistungssektor "schlummernde" Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotential wecken und ausbauen. Wir wollen überregional, besonders auch im östlichen Europa, auf Berlin als Dienstleistungsstadt aufmerksam machen.*
- *Die Berliner CDU will die Konzepte der dezentralen kreativen Dienstleistungszentren künftig auf ganz Berlin ausrichten und dabei auch ein Modell des örtlich verbundenen Wohnens und Arbeitens entwickeln helfen. Die CDU wird dabei die Erfahrungen der von ihr vor 1989 vorangetriebenen Projekte nutzen, um Designern, Modeschaffenden, Graphikern und anderen Künstlern fördernde Bedingungen für ihre innovative Arbeit zu ermöglichen.*
- *Das einzigartige Kultur- und Messeangebot der Stadt bringt jährlich Millionen Gäste aus dem In- und Ausland in die Stadt. Die CDU will das Fremdenverkehrs- und Kongreßgewerbe durch eine weitere Verbesserung der Berliner Tourismuswerbung unterstützen. Wir wollen den Bau von Hotels aller Kategorien unterstützen.*
- *Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß Berlin zusammen mit dem Land Brandenburg das Projekt eines großen Freizeitparks in Angriff nimmt, der nicht nur ein breites und interessantes Unterhaltungsangebot bietet, sondern auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft. Auch die in der früheren DDR existierenden Zirkus-Unternehmen könnten in ein Freizeitparkprojekt integriert und so in ihrem Bestand gesichert werden.*
- *Die Berliner CDU engagiert sich für den Bau eines zentral gelegenen Media-Parks, eine in die Zukunft weisende Form eines Geschäfts- und Kommunikationsviertels. Entsprechend gelungener Vorbilder im In- und Ausland können ökologisch rücksichtsvoll Bürotels, Beratungsfirmen, Finanzdienstleister, Datenbankzentren, Nachrichtenagenturen, Studios, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, aber auch Restaurants, Galerien, Geschäfte, Sport- und Gesundheits-Center und Wohnungen zu einem Gesamtkonzept verbunden werden.*
- *Die Berliner CDU will Berlin zum Weiterbildungszentrum Deutschlands der 90er Jahre ausbauen. Hierzu bietet die Stadt aufgrund ihrer bedeutenden Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, ihrer kulturellen und touristischen Attraktivität, ihrer Kongreß- und Veranstaltungsinfrastruktur und des großen Weiterbildungsbedarfs in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die besten Voraussetzungen.*
- *Berlin bietet die besten Voraussetzungen für ein industrienahes Dienstleistungszentrum. Viele Industriebetriebe werden sich in den nächsten Jahren in den fünf neuen Ländern ansiedeln oder umstrukturieren. Diese Betriebe sind auf schnelle, zuverlässige und vor allem hochspezialisierte Dienstleistungen in den Bereichen Beratung, Projektierung, Wartung, Weiterbildung, Software-Entwicklung angewiesen. Berlins Forschungs- und Wirtschaftslandschaft und seine zentrale Lage bieten die Chance, viele dieser Dienstleister in Berlin zu konzentrieren.*

Berlin muß auch selbst Raum für neue Industrieansiedlungen geben. Industrie und Dienstleistungen gehören unmittelbar zusammen.

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft

Berlin braucht Eigeninitiative, persönlichen Einsatz und die Bereitschaft zur Weiterentwicklung. Deshalb ist der selbständige Mensch ein Leitbild unserer Politik. Für eine freiheitliche Wirtschaftspolitik bedeutet das, eine aktive Mittelstandsförderung zu betreiben. In einer mittelständischen Wirtschaft finden tüchtige Menschen die besten Chancen, sich voll entfalten zu können. Mittelständische Unternehmen arbeiten oft flexibler und kundennäher als große Firmen. Sie schaffen den Großteil an zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Es kommt in der Zukunft darauf an, sich noch stärker den Herausforderungen des Strukturwandels zu stellen, das heißt, neue Produkte und Verfahren einzuführen, Mitarbeiter weiterzubilden, moderne Methoden beim Management, der Logistik oder der Kundenbetreuung anzuwenden und die Unternehmensstrategie auf Innovation und Qualität auszurichten.

Die Berliner CDU wird ihre Politik zur Förderung des Mittelstandes in vollem Umfang und nunmehr für ganz Berlin wieder aufnehmen.

- *Die Berliner CDU will deutlich machen, daß in der Wirtschaft Privatinitiative Vorrang vor staatlichen Maßnahmen hat. Wir wollen Existenzgründungen durch Entbürokratisierung und durch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren unterstützen.*
- *Die Berliner CDU will das Angebot an Gewerberaum vergrößern. Ein Programm zur Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen und ein Gewerberaum-Recycling-Programm soll besonders dem Mittelstand bzw. Handwerk dienen.*
- *Die Berliner CDU will den Anstieg der Gewerbemieten durch eine Neufassung des Wucherparagraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs bekämpfen. Gewerberäume im Eigentum des Landes Berlin sollen in der vor uns liegenden Aufbauphase gezielt zur Regulierung von Gewerbemieten eingesetzt werden.*
- *Die Berliner CDU will den Fonds für innovative Existenzgründer wiederbeleben. Intensiv wollen wir die Existenzgründungen von Frauen unterstützen. Durch eine unkomplizierte und breite Aktivierung des Bürgerschaftsinstruments des Senats wollen wir dem Mittelstand neue Chancen eröffnen.*
- *Die Berliner CDU will die Bekämpfung der Schwarzarbeit vorantreiben. Schwarzarbeit bedeutet vor allem eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten mittelständischer Unternehmen und Handwerksbetriebe.*
- *Die Berliner CDU setzt sich für eine bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft angesiedelten EG-Initiative "Mittelstands-Joint-Ventures für Berlin" ein, durch die systematisch mittelständische Unternehmen aus ganz Europa für Investitionen in Berlin gewonnen werden sollen.*
- *Die Berliner CDU wird ein Kooperationsförderungsprogramm "Großraum Berlin" entwickeln, um unter Einbeziehung Berliner Unternehmen beim Aufbau eines breiten Brandenburgischen Mittelstandes zu helfen.*
- *Die Berliner CDU will das Innovationsassistentenprogramm auf den Großraum Berlin ausweiten und wieder einen besonderen Schwerpunkt "Mittelstand" und einen Schwerpunkt "Sanierung" einführen.*
- *Die Berliner CDU will zu einer höheren Leistungsfähigkeit der Betriebe und zu mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmer beitragen, indem wir uns für flexiblere Formen der Arbeitsorganisation einsetzen. Wir verwechseln dies nicht mit einem Abbau sozialer Schutzrechte.*

Weitere Bausteine zur Mittelstandsförderung sind für die Berliner CDU die Seniorenberatung für Existenzgründer und Mittelständler, kombinierte Projekte von Qualifizierung, Beschäftigung und Existenzgründung und die Einrichtung eines Mittelstandsfachbereichs an der TU Berlin.

CDU - Chancen durch Umweltschutz

Mit einer marktwirtschaftlich orientierten, innovativen Umweltpolitik können wir in erheblichem Umfang Arbeitsplätze schaffen und sichern. Berlin hat den Vorzug, daß hier international anerkannte Forschungsinstitute und Behörden auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätig sind. Sie bilden das Umfeld, in dem die Berliner Wirtschaft neue Umweltdienstleistungen und Umweltschutzprodukte entwickeln und vermarkten kann.

Der rot/grüne Senat hat seine Konzeptionslosigkeit hinter dem Schlagwort vom "ökologischen Stadtumbau" versteckt und nie erläutert, was er damit konkret verbindet. Die Berliner CDU erklärt, daß sie durch eine Strukturpolitik im Umweltbereich die systematische Entwicklung zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft und einer umweltfreundlichen Stadtstruktur vorantreiben wird. Dabei setzt sie auf ihr Sieben-Schritte-Programm für die Berliner Umwelt.

1. Umweltinvestitionsprogramme

– Die Berliner CDU wird Umweltinvestitionsprogramme in folgenden Schlüsselbereichen umsetzen

- *die Eindämmung akuter Luft-, Wasser- und Bodenbelastungen im Ostteil Berlins,*
- *die Sanierung von Indirekteinleitern und Altanlagen,*
- *den Bau von Mischwasserrückhaltebecken und Vorreinigungsanlagen,*
- *die Vervollständigung des Kanalisationsnetzes,*
- *die Entsiegelung und Begrünung,*
- *die Energieeinsparung in beiden Teilen der Stadt.*

2. Schwerpunktprogramme

– Die Berliner CDU wird Schwerpunktprogramme mit besonderen Entwicklungs- und Begleitforschungsaufgaben vor allem in bezug auf Hausbrandemissionen, Waldgesundheit und Berliner Grundwasser, Flüsse und Seen entwickeln.

3. Umweltorientierte Innovationsförderung

- Die Berliner CDU tritt für eine wirksame Anschubfinanzierung für neuartige Projekte des umwelttechnischen Großanlagenbaus, Entwicklungsprojekte der Bodensanierung und Pilotprojekte für emissions- und reststoffarme Produktions- und Entsorgungsverfahren und Vermeidungstechnologien ein.*
- Die Berliner CDU will den Innovationsfonds zugunsten des Aufbaus und Ausbaus mittelständischer Unternehmen in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft, Wasser und Meßgeräte besonders günstig ausstatten.*

4. Forschungsförderung

- Die CDU wird gezielt die Grundlagenforschung der Berliner Umweltwirtschaft, insbesondere in den Bereichen Ökosystemforschung, Wasserwirtschaft, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft verbessern.*

5. Arbeitsmarktbereich

- Die CDU wird im Rahmen ihrer Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik Umweltschwerpunkte setzen: Immer mehr Arbeitnehmern und Managern sollen umfassende Umweltkenntnisse vermittelt werden. Im Rahmen von "ABM und Lernen" und anderen Beschäftigungsmaßnahmen soll der Umweltbereich stärker berücksichtigt werden. In diese Maßnahmen sollen Berlins Umwelt- und Naturschutzverbände mit ihrem Engagement und Wissen einbezogen werden.*

6. Umweltanleihe

- Die Berliner CDU wird die öffentliche Finanzierung und das öffentliche Auftragswesen im Umweltbereich mit Hilfe einer Umweltanleihe sicherstellen und bei der Beschaffungspolitik und der Auftragsvergabe auch die Umweltverträglichkeit von Produkten, Dienstleistungen und Verfahren berücksichtigen.*

7. Information und Motivation

- Die Berliner CDU wird die Informations- und Motivationsarbeit im Bereich des Umweltschutzes weiter ausbauen.*

CDU-Programm für die Wirtschaft im Ostteil Berlins

Die größten Herausforderungen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Berlins liegen im Ostteil der Stadt. Hier muß die staatliche Kommandowirtschaft durch ein System freiheitlicher und ökologischer Marktwirtschaft abgelöst werden. Die vom Staat verantworteten Rahmenbedingungen sind hier besonders wichtig, gleichzeitig geht es um eine gezielte Ansiedlung neuer Unternehmen und die Sanierung bisheriger Staatsbetriebe.

Der Ostteil der Stadt darf nicht als Billig-Lohn-Gebiet mißverstanden, unterschiedliche Löhne in Ost und West dürfen nicht als Mittel der Lohndrückerei außerhalb bestehender Tarifverträge mißbraucht werden. In der einen Stadt Berlin muß möglichst schnell das Ziel erreicht werden: Gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung!

Die Berliner CDU wird eine Politik für die Wirtschaftsgesundung im Ostteil Berlins fortsetzen und ausbauen.

- *Die Berliner CDU wird die Entflechtung von HO und Konsum zügig vollenden.*
- *Die Berliner CDU wird dafür sorgen, daß endlich in ausreichendem Maße preiswerter Gewerbeeräum für den Mittelstand aus den Hausbeständen der SED / PDS, der VEBs und der kommunalen Träger bereitgestellt wird.*
- *Die Berliner CDU setzt sich für mehr Wochenmärkte und die Errichtung von "Shop-in-Shop-Zentren" in den besten Stadtlagen ein. Durch die Stärkung mittelständischer Strukturen im Einzelhandel soll verhindert werden, daß das bisherige Staatsmonopol durch ein privates Oligopol weniger Handelsriesen ersetzt wird.*
- *Mit einem "Geschäftsstraßenprogramm" will die Berliner CDU die Ansiedlung beziehungsweise die Rückkehr von Einzelhändlern, Handwerksbetrieben und anderen Dienstleistungsangeboten in innerstädtischen Ladenzeilen erleichtern.*
- *Es müssen alle Maßnahmen eingeleitet werden, um die derzeitigen Engpässe im geschäftlichen Telefon- und Telefaxverkehr zu überbrücken. Dabei muß auch an Übergangslösungen gedacht werden.*
- *Die Berliner CDU wird dafür sorgen, daß so bald wie möglich erschlossene Gewerbeflächen für die Ansiedlung moderner und umweltfreundlicher Gewerbebetriebe zur Verfügung stehen. Sie will außerdem Gewerbezentren am Stadtrand schaffen.*
- *Die Berliner CDU will eine gezielte Ansiedlungspolitik für Dienstleistungsunternehmen betreiben und dabei den Aufbau von Kooperationen mit Ost-Berliner Partnern unterstützen.*
- *Die Berliner CDU hält ein besonderes Modernisierungsprogramm für kleine Hotels und Pensionen für erforderlich.*
- *Die Berliner CDU befürwortet die Einrichtung bezirklicher "Häuser der Wirtschaft" als Service-Zentren für eine Vor-Ort-Mittelstandsberatung. Sie können auch Kristallisationspunkte für die wirtschaftliche, touristische und kulturelle Wiederbelebung der Bezirke werden.*
- *Die Berliner CDU spricht sich für zwei Gründerzentren im Ostteil der Stadt aus, unter anderem im Gebäude der ehemaligen SED-Parteihochschule "Karl-Marx".*

Das Wichtigste sind die Arbeitsplätze

Berlin wird den Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte in einer immer stärker zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft nur bestehen, wenn sich Arbeitnehmer, Unternehmer und Arbeitslose der ständigen Herausforderung der Qualifizierung stellen. Nur so werden wir ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze und Unternehmensfunktionen für Berlin gewinnen. Der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft im Ostteil der Stadt betont diese Herausforderung. Die Berliner CDU betrachtet die

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als eine Einheit. Das schädliche Nebeneinander und Gegeneinander von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, das der rot / grüne Senat in den letzten zwei Jahren betrieben hat, muß beendet werden.

Die von der CDU entwickelte Arbeitsplatzpolitik umfaßt drei Schwerpunkte:

Vorbereiten,

das bedeutet die berufliche Vorbereitung neuer Beschäftigungsfelder.

Vorsorgen,

das bedeutet die Förderung der breiten betrieblichen Weiterbildung.

Sorgen,

das bedeutet die besondere Unterstützung der Langzeitarbeitslosen.

Hierfür sind gezielte Maßnahmen notwendig:

- *Die Berliner CDU wird unsere Stadt zu einem leistungsfähigen Standort der beruflichen Aus- und Weiterbildung ausbauen und sie zu einem Zentrum der Qualifizierung für die neuen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland machen.*
- *Die Berliner CDU setzt sich in diesem Zusammenhang für einen gemeinsamen Landesarbeitsamtsbezirk Berlin-Brandenburg ein. Unsere Stadt und ihr Hinterland sind ein zusammenhängender Arbeitsmarkt.*
- *Die Berliner CDU will, daß das Bundesinstitut für Berufsbildung ganz nach Berlin kommt. Auch die neuen Berufsbildungseinrichtungen der Europäischen Gemeinschaft gehören nach Berlin, das sich ideal als Brücke zu den osteuropäischen Staaten anbietet.*
- *Nach dem Willen der CDU sollen in ganz Berlin mittelständische Weiterbildungsverbände eingerichtet und mehr Trainingsarbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Arbeitssuchende angeboten werden. Die Förderung von kombinierten Maßnahmen der Qualifizierung, Arbeitsbeschaffung und schrittweisen Existenzgründung ist ein weiterer Schwerpunkt.*
- *Die Umsetzung der großen Infrastrukturprogramme für die neuen Bundesländer (allein Bundespost 55 Milliarden DM!) setzt die umfangreiche Qualifizierung von Arbeitskräften voraus. Die Berliner CDU wird darauf drängen, daß Berlin ein entsprechend bevorzugter Qualifizierungsstandort wird. Qualifizierungsgesellschaften müssen gegründet werden, deren Mitarbeiter zügig von der mittelständischen Wirtschaft übernommen werden können.*
- *Die CDU wird eine neue Qualifizierungsoffensive für Frauen entwickeln. Damit der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert wird, wollen wir mit den Betrieben Modelle entwickeln, die es Männern und Frauen in der Familienphase ermöglichen, Kontakt zur Arbeitswelt und zu ihren Betrieben zu halten. Wir werden durch Hilfen und Kurse die Wiedereingliederung unterstützen und Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, Familien- und Berufsarbeit miteinander zu verbinden.*
- *Die CDU wird ein Sonderprogramm für arbeitslose Akademiker verwirklichen und sie gezielt auf veränderte Bedürfnisse des Arbeitsmarktes vorbereiten.*
- *Die CDU ist für eine Ausweitung der Berliner ABM-Förderung auf mindestens 30.000 bis 40.000 Stellen, und sie setzt sich dafür ein, daß mindestens 70 Prozent dieser Stellen mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden.*

IV. Verantwortung für die Zukunft - Wir schützen die Umwelt

Die dauerhafte Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat höchste Priorität für die Politik der Berliner CDU. Sie verlangt eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik, weiter zunehmendes Umweltbewußtsein jedes einzelnen Berliners und umfangreiche öffentliche Umweltschutzinvestitio-

nen. Eine intakte Umwelt ist die unbedingte Voraussetzung für die Sicherung Berlins als Lebens- und Produktionsort.

Umweltschutz ist die Zukunftsaufgabe schlechthin. Wir schulden es uns und den kommenden Generationen, ihnen eine lebenswerte Welt zu erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren zur treibenden Kraft in Europa geworden. Die Vorreiterfunktion bei der Durchsetzung des Katalysator-Autos belegt, daß es auch dann auf das entschiedene Handeln einzelner Länder ankommt, wenn globale Lösungen gebraucht werden.

Die Berliner CDU fordert die Bundesregierung daher auf, die ökologische Erneuerung, notfalls auch in nationalen Alleingängen, voranzutreiben. Die dringliche Aufgabe der Rettung der Nord- und Ostsee, der Bewahrung der bedrohten Ozonschicht, der Erschließung anderer Energieformen, die die Verbrennung fossiler Energieträger ersetzen können, sowie der Reinhaltung der Luft und der Sanierung unserer Seen und Flüsse kann von keinem Land allein gelöst werden. Die Bundesregierung muß daher die Partner in ganz Europa dafür gewinnen, eine drastische Verminderung der Umweltbelastungen durchzusetzen.

Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft

Wir streben die Fortentwicklung unserer Wirtschaftsordnung zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft an. Umweltschutz fängt bei jedem einzelnen an. Daher gilt es, das Eigeninteresse der Menschen und der Betriebe an der Erhaltung der Umwelt zu fördern und zu nutzen.

- *Die Berliner CDU ist für die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz.*
- *Wir wollen das Verursacher- und Vorsorgeprinzip vermehrt anwenden, um Unternehmen und Konsumenten mehr Anreize zur Suche nach umweltfreundlichen Produktions-, Konsum- und Abfallbeseitigungsmethoden zu geben. Umweltschädigendes Verhalten muß durch höhere Kosten bestraft, umweltschonendes Verhalten durch geringere Ausgaben belohnt werden.*
- *Die Berliner CDU tritt für eine Verschärfung des Umwelthaftungsrechts ein und will, daß eine nach Umweltrisiko gestaffelte Umwelthaftpflichtversicherung eingeführt wird.*
- *Für die Berliner CDU ist Umweltkriminalität kein Kavaliersdelikt. Wir setzen uns für eine Verschärfung des Umweltstrafrechts ein. Die angedrohten Strafen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den angerichteten Schäden stehen.*
- *Die CDU will alle Bürger in ihre Strategie zum Schutz der Umwelt einbeziehen. Deshalb werden wir ein Aufklärungsprogramm über die Schutzbedürftigkeit unserer Umwelt und die Möglichkeiten, sich umweltfreundlich zu verhalten, erarbeiten. Umwelterziehung muß eine stärkere Bedeutung in der Schule erhalten. Wir werden die Förderung des "Freiwilligen ökologischen Jahres" wieder aufnehmen.*
- *Die Berliner CDU will die Überwachung von Industrieanlagen verbessern, damit möglichst an der Quelle die Überschreitung von zulässigen Grenzwerten festgestellt werden kann.*
- *Gemeinsam mit dem Land Brandenburg wollen wir ein Umweltinformationssystem für Berlin und sein Umland aufbauen, das den Zustand unserer Umwelt dokumentiert und Grundlage für politische Entscheidungen und für die Information der Öffentlichkeit sein soll.*
- *Die Berliner CDU ist für die Einführung einer "Naturschutz-Sondermarke" der Bundespost, aus deren Erlös Maßnahmen zum Arten- und Biotopenschutz finanziert werden können.*

Offensive für die Berliner Umwelt

- *Versorgung und Entsorgung müssen auf dem schnellsten Wege für ganz Berlin gemeinsam unter Berücksichtigung der Interessen des Umlandes gelöst werden. Berlin droht, am Müllinfarkt zu ersticken. Die CDU will ein flächendeckendes Programm zur getrennten Mülleinsammlung und*

zum Müllrecycling. Insbesondere müssen Küchenabfälle, Kunststoffe, Glas und Papier vor Ort getrennt eingesammelt werden. Separate Tonnen müssen bei der Entsorgung billiger sein als die Tonne für den ungetrennten Restmüll. Zur Müllvermeidung setzen wir uns für umfassende Pfandregelungen ein, insbesondere für Flaschen und Batterien.

- Die Berliner CDU will, daß keine Mülldeponierung ohne Behandlung bzw. Recycling des Mülls stattfindet. Deponierung ist eine Problemverschiebung auf künftige Generationen und deshalb nur übergangsweise und als letzter Ausweg zulässig. Anderweitig nicht verwertbare Stoffe müssen unter Beachtung strengster Umweltvorschriften verbrannt werden. Die dabei freiwerdende Energie soll in Müllkraftwerken nutzbar gemacht werden.
- Für den Sondermüll haben die Prinzipien der Vermeidung und Wiederverwertung noch strenger zu gelten. Die CDU will ein lückenloses System für die Entsorgung schaffen. Die Entsorgung und das Recycling müssen durch Gebühren für die Verursacher so gestaltet werden, daß sie den für die Umwelt verursachten Kosten entsprechen. Bei Konsumgütern mit umweltschädlichen Bestandteilen, z. B. Kühlschränken oder Batterien, soll es eine Verpflichtung des Handels zur Rücknahme und sachgerechten Entsorgung geben.
- Die Berliner CDU will auch den Lärm als eine der schwerwiegendsten Umweltbelastungen für den Menschen in Ballungsgebieten bekämpfen. Insbesondere bei den bevorstehenden Bauplanungen ist darauf zu achten, daß die Menschen möglichst wirksam vom Verkehrslärm (z. B. durch Untertunnelung oder Überbauung) abgeschirmt werden. Die innerstädtischen Flughäfen müssen - trotz aktueller Kapazitätserweiterung - durch Flughäfen im Umland ersetzt werden. Der Betrieb auf dem Flughafen Tempelhof soll als erster eingestellt werden. Bis dahin sollen alle Möglichkeiten zur Lärmreduzierung ausgeschöpft werden, insbesondere sollen auf den innerstädtischen Flughäfen ausschließlich lärmarme Flugzeuge eingesetzt werden dürfen.
- Die Berliner CDU will ein an ökologischen Kriterien orientiertes Energiekonzept für die Stadt und das Umland. Die durch die Energieerzeugung verursachten Belastungen müssen für die Menschen in und um Berlin deutlich verringert werden. Angesichts des wachsenden Bedarfs heißt das zunächst, Energiesparmaßnahmen konsequent zu fördern. Darüber hinaus soll Berlin zur Modellstadt für die Anwendung regenerativer Technologien werden.
- Die Berliner CDU will den Braunkohleeinsatz für Einzelheizungen so schnell wie möglich durch den Ausbau des Berliner Fernwärmenetzes drastisch vermindern. Wir wollen den Erdgasanschluß der Haushalte und die Wärmedämmung von Gebäuden beschleunigen und die Modernisierung sämtlicher Berliner Kraftwerke vorantreiben.
- Die Berliner CDU setzt sich für die Einbindung ganz Berlins und seines Umlandes in das europäische Stromverbundsystem ein.
- Die Berliner CDU hält den Anschluß der noch fehlenden Siedlungsgebiete an die Abwasserkanalisation für eine der dringendsten Entsorgungsaufgaben. Wir wollen eine Modernisierung der Klärwerke Ruhleben und Marienfelde und der Kläranlagen im Berliner Umland, um eine deutliche Verringerung des Phosphat- und Stickstoffgehalts zu erreichen.
- Die Berliner CDU will für ganz Berlin ein Programm zur Verbesserung der Wasserqualität. Dazu gehören die Verminderung der Schadstoffeinleitung, Reinigungssysteme für Industrieabwasser, der Bau unterirdischer Regen- und Mischwasserrückhaltebecken, die Sanierung grundwassergefährdender Altlasten und die Forcierung der Versuche zur biologischen Entphosphatisierung. Ein besonderer Schwerpunkt für dieses Programm soll das Gebiet des Müggelsees sein.
- Verschmutzte Böden müssen gereinigt werden. Grundsätzlich gilt für die hierfür entstehenden Kosten das Verursacherprinzip. Jedoch besteht auch eine staatliche Mitverantwortung, wenn Eigentümer oder Nutzer früher rechtmäßig gehandelt haben oder verschmutztes Gelände in der ehemaligen DDR erworben wird. Die Berliner CDU will ausreichende Mittel für konsequentes Flächen-Recycling zur Verfügung stellen.

V. 40 000 Wohnungen jährlich für Berlin

Bauen und Wohnen ist für die Berliner CDU ein Schwerpunkt politischen Handelns bis zum Jahr 2000. Der Wohnungsbau und die Wiederherstellung der gewachsenen Stadtquartiere erfordern außergewöhnliche Anstrengungen. Die extrem hohen Kosten müssen aufgebracht werden. Die Mieten müssen bezahlbar bleiben. Bauland muß erschlossen zur Verfügung stehen. Die Infrastruktur muß stimmen. Die Verwaltung muß zuarbeiten und nicht bremsen. Nur ein Senat mit einem klaren Konzept und einem großen Durchsetzungsvermögen kann alle diese Faktoren gleichzeitig in den Griff bekommen.

*Die Berliner CDU nimmt die Herausforderung an. Unser Ziel lautet:
40 000 Wohnungen jährlich für Berlin bis zum Jahr 2000.*

Die Ziele der CDU

Berlin wird in den nächsten Jahren wachsen. Im Ballungsgebiet der Stadt wird es 4 Millionen Einwohner geben, die Anspruch auf eine bezahlbare und gute Wohnung haben.

Die Berliner CDU will die Anstrengungen im Wohnungsbau solange fortsetzen, bis alle Berliner ihre Wohnung haben. Wir wollen, daß mit öffentlichen Mitteln pro Jahr der Wohnungsneubau von 20.000 Wohnungen gefördert und weitere 20.000 Wohnungen jährlich instand gesetzt und modernisiert werden, jeweils die Hälfte im Westteil und im Ostteil der Stadt.

- *Ziel der Berliner CDU ist es, allen Einkommensgruppen in der Bevölkerung den Zugang zu diesen Wohnungen zu ermöglichen. Dies wird über eine Mietregelung geschehen, die sich stärker als bisher an der individuellen Einkommenssituation der Haushalte orientiert.*
- *Die Berliner CDU will den Vorrang des sozialen Wohnungsbaus. Der Neubau von 20.000 Wohnungen soll öffentlich bezuschußt werden. Ziel ist, daß als Mietwohnungen*
 - * *im ersten Förderweg jährlich 8.000 Wohnungen gebaut werden,*
 - * *im zweiten Förderweg jährlich 3.500 Wohnungen gebaut werden,*
 - * *im dritten Förderweg jährlich 3.500 Wohnungen gebaut werden.*
- *Die Berliner CDU wird die Eigentumsbildung für alle Berliner mit der Förderung von jährlich 5.000 Eigentumswohnungen unterstützen. Jeder, der in den zulässigen Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegt, wird hierdurch die Möglichkeit haben, mit direkten öffentlichen Mitteln Eigentum zu bilden. Ziel ist es, den insgesamt niedrigen Anteil an Eigentumswohnungen und Häusern in Berlin deutlich anzuheben.*
- *Die Berliner CDU will Schwerpunktgebiete für den Wohnungsbau festlegen. Der Wohnungsneubau ist aber auch ein wesentlicher Bestandteil der Innenstadtreparatur und der Stadtbildpflege. Die bauliche Ergänzung, Lückenschließung und Aufstockung in den gewachsenen Stadtquartieren wird hierbei im Vordergrund stehen.*
- *In Abstimmung mit dem Land Brandenburg soll Wohnraum für die Berliner auch in Städten und Gemeinden im Berliner Umland geschaffen werden. Hierzu ist eine Regionalplanung zu erstellen, die eine Zersiedlung der Region verhindert und den Erholungswert des Umlandes von Berlin sichert.*

CDU: behutsame Stadterneuerung

Der Substanzverlust der Berliner Miethäuser ist zwar in Ost und West unterschiedlich hoch. Der Verfall ist nicht auf den Ostteil unserer Stadt beschränkt - Stadtreparatur ist ein Wettlauf mit der Zeit.

Die Berliner CDU ist der Auffassung, daß der Instandsetzung und Modernisierung eine ebenso große Bedeutung zukommen wie dem Neubau.

- Bei der Stadtreparatur läßt sich die Berliner CDU von dem Grundsatz der behutsamen Stadterneuerung leiten. Das heißt, daß im Zweifel Instandsetzung vor Modernisierung und Modernisierung vor Sanierung kommt.
- Die Berliner CDU unterstützt im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms auch die Eigeninitiative der Mieter. Mieter von Wohnungen aus dem kommunalen Wohnungsbestand, die diese übernehmen wollen, werden öffentlich gefördert. Eigentum im Altbaubestand wird zunächst als Modell für 100 Häuser und 1.000 Wohnungen gefördert.
- Die Berliner CDU wird das Potential der Dachgeschosse für Wohnraum verstärkt nutzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
- Die Berliner CDU wird Fördermittel gezielt einsetzen, um die im Ostteil Berlins entstandenen Trabantenstädte durch Wohnumfeldverbesserungen wohnlicher zu gestalten und die Monotonie dieser Schlafstädte zu beenden. Wohnen ist mehr als übereinandergestapelte Wohnungen. Die Menschen müssen sich in ihrem Viertel zu Hause fühlen können und ausreichend Spielplätze, Kindertagesstätten, Begegnungs- und Einkaufsmöglichkeiten vorfinden. Besondere Anstrengungen sind in Hellersdorf, Hohenschönhausen und Marzahn nötig.

In Berlin bleiben die Mieten bezahlbar

Die wichtigste Voraussetzung für stabile Mieten ist eine ausreichende Zahl von Wohnungen. Darüber hinaus muß eine aktive Mietpolitik betrieben werden. Die Berliner CDU will die 1988 eingeführte Form der Berliner Mietpreisbindung weiter ausbauen und in der Geltungsdauer verlängern. Die Mietpreise müssen in unserer Stadt stabil bleiben. Mit unserer Mietpolitik wollen wir sozial gerechte Mieten für die Berliner sicherstellen.

- Die Berliner CDU will, daß die besondere Berliner Mietpreisbindung, nach der die Mieten im Rahmen des Mietpreisspiegels um maximal 5 % jährlich steigen können, durch eine Änderung des Bundesrechts (Miethöhengesetz) in Berlin zeitlich unbefristet gilt und auf alle Ballungsgebiete in Deutschland ausgedehnt wird.
- Auch bei Neuvermietungen soll im Altbau die Miete nicht unbegrenzt erhöht werden können. Hier soll sich die Miete an der Vergleichsmiete orientieren und nicht höher steigen als 10 %.
- Die Berliner CDU will, daß Mietsteigerungen nach Modernisierungsmaßnahmen begrenzt werden. Auch hier soll die Vergleichsmiete des sozialen Mietrechts den Maßstab bilden.
- Die Berliner CDU will, daß auch bei sogenannten Staffelmietverträgen die 5 %ige Kappungsgrenze durchgesetzt wird.
- Die Berliner CDU wird das 1985 eingeführte System der Berliner Mietausgleichszahlungen weiter ausbauen, so daß kein Haushalt mehr Miete zahlen muß, als nach seinem Einkommen zumutbar ist. Mietausgleich gilt neben dem Wohngeldgesetz.
- Wir wollen die Einkommensgrenzen für den Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein mit dem Ziel der Anhebung überprüfen. Gleiches gilt für die Einkommensgrenzen und -höhen der Fehlbelegungsabgabe. Die Einkommensgrenzen müssen der Lohn- und Mietenentwicklung angepaßt werden. Unser Ziel: Jeder Berliner darf eine Wohnung im öffentlich geförderten Wohnungsbau beziehen; über die Fehlbelegungsabgabe zahlt er eine nach seinem Einkommen unterschiedliche Miete.

Die sozialistische Wohnungsmisswirtschaft hat in den östlichen Bezirken unserer Stadt den Verfall von ganzen Stadtteilen verschuldet. Nicht einmal die Bewirtschaftungskosten konnten durch die Mietzahlungen gedeckt werden. Eine Anpassung der Mieten ist notwendig, sie darf aber nur im Rahmen der Lohn- und Gehaltsentwicklung erfolgen. Für Rentner und Bezieher niedriger Einkommen ist durch ausreichendes Wohngeld die Miete stabil und bezahlbar zu halten.

VI. Schutz und Sicherheit für die Bürger

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß der Staat für den Schutz und die Sicherheit sorgt. Diese Verpflichtung des Staates ist die Kehrseite des staatlichen Gewaltmonopols, durch das nur der Staat die Erlaubnis hat, im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung Zwangsmittel gegen Einzelne einzusetzen. Die Durchsetzung des Rechts dient vor allem dem Schutz der Schwachen.

Der besorgniserregende Anstieg der Kriminalität in unserer Stadt führt zu einer tiefsitzenden Verunsicherung bei vielen Bürgern. Hier wird direkt in das Lebensgefühl und die Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner eingegriffen.

Mit der Öffnung der Grenzen sind auch neue Probleme in die Stadt gekommen. Außer unseren willkommenen Gästen zieht es auch viele ungebetene Besucher nach Berlin. Die offene Großstadt wird jetzt tüchtige und arbeitsame Menschen nach Berlin bringen, die hier ihr Glück finden wollen. Sie wird aber auch solche anlocken, die auf Kosten der anderen und der Gemeinschaft leben wollen. Wir brauchen eine entschiedene Politik zur Bekämpfung der Kriminalität. Die Berliner wollen ihre neu gewonnenen Freiheiten nicht mit Angst um ihre Sicherheit bezahlen.

Rot/Grün kann nicht für Sicherheit sorgen

SPD und AL haben nicht den Willen oder nicht die Kraft, für den Schutz und die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Sie verharmlosen den Verbrechensanstieg als Bagatelle. SPD und AL wollen den Bürgern einreden, daß die explosionsartig gestiegene Kriminalität der Preis der neuen Freiheit sei und daß sich eine Großstadt mit Raub und Bandenwesen abzufinden hätte wie mit einem Naturereignis. Die Berliner sollen glauben, daß ihr Bedürfnis nach Schutz vor Kriminalität kleinbürglich und spießig sei. Die Hinnahme steigender Verbrechenszahlen wäre hingegen ein besonderes Zeichen von Weltoffenheit und Toleranz.

Den Berlinern soll eingeredet werden, der exorbitante Anstieg um mehr als 100 Prozent bei Auto-, Taschen- und Ladendiebstahl sowie beim Straßenraub habe seine Ursache im Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West. Mit dieser Erklärung werden Eigentums- und Gewaltdelikte geradezu entschuldigt. Wer jedoch so leichtfertig die Grenzen zwischen Recht und Unrecht verwischt, der lädt zum Begehen von Straftaten ein. Demzufolge müßten wir uns solange mit der Unsicherheit in Berlin abfinden, bis alle Menschen in Osteuropa den gleichen Lebensstandard wie die im Westen haben.

Wir packen es an: Kampf der Kriminalität

Die CDU wird den Verbrechensanstieg nicht resignativ hinnehmen, sondern eine Politik entwickeln, die die Kriminalität auch unter veränderten Bedingungen wirkungsvoll bekämpft.

- *Die Polizeistärke und die Ausrüstung wird der veränderten Situation in der Stadt angepaßt. Die Polizeidichte in Berlin bleibt erhalten. Arbeitszeitverkürzungen werden stellenwirksam ausgeglichen.*
- *Aus den beiden Polizeikörpern der Stadt wird so schnell wie möglich eine Polizei mit einheitlicher Führung und gemeinsamer Struktur geschaffen. Ausrüstung und Uniform müssen einheitlich sein. Eine Einzelfallprüfung wird politisch oder strafrechtlich belastete Ost-Berliner Polizeibeamte vom Polizeidienst fernhalten.*
- *Die Freiwillige Polizeireserve ist eine wertvolle Bürgerinitiative, die sich ehrenamtlich für den Schutz der Berlinerinnen und Berliner engagiert. Sie wird nicht aufgelöst. Auch für die Wachpolizei werden angemessene, rechtlich abgesicherte Einsatzmöglichkeiten geschaffen. Beide, FPR und Wachpolizei, können die Berliner Polizei für die Verbrechensbekämpfung von anderen Aufgaben entlasten.*
- *Die CDU will das subjektive Sicherheitsempfinden und die Verbrechensvorbeugung dadurch verstärken, daß mehr Polizisten auf den Straßen sowie in U- und S-Bahnen sichtbar sind.*

- Das Ordnungspersonal bei BVG und BVB soll verstärkt, sein Zusammenwirken mit der Polizei verbessert werden. Auch dadurch wird die Sicherheit erhöht. Gleichzeitig wird damit auch ein Beitrag gegen die unerträglichen Schmierereien in Bussen und Bahnen geleistet.
- Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Bandendelikte und der Schwarzarbeit werden Sonderkommissionen der Polizei gebildet. Die grenzüberschreitende polizeiliche Fahndung und Zusammenarbeit, z. B. mit Polen und Jugoslawien soll verbessert werden.
- Ausländische Straftäter werden nach Verbüßung ihrer Strafe entsprechend den geltenden Gesetzen abgeschoben. Das gleiche gilt für Ausländer, die als Schwarzarbeiter ermittelt werden. Der rot / grüne Ausländererlaß wird aufgehoben. Damit dienen wir nicht zuletzt der großen Mehrzahl der rechtschaffenen Ausländer in unserer Stadt, deren Ruf durch kriminelle Landsleute in Mißkredit gebracht wird.
- Die CDU wird in Berlin, wie in den Jahren ihrer Regierungstätigkeit, keine rechtsfreien Räume zulassen. Besetzte Häuser und illegale Wagenburgen, aus denen heraus Gewalt begangen oder vorbereitet wird, werden geräumt.

VII. Soziale Sicherheit für das ganze Berlin

Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit und der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Die soziale Sicherung soll die Risiken absichern, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Gerechtigkeit gebietet, ausgleichende Maßnahmen zugunsten derer zu treffen, die sonst zurückbleiben würden.

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik muß auch dafür sorgen, daß die Sozialleistungen den wirklich Bedürftigen zugute kommen. Dabei gilt der Grundsatz: Es ist besser, soziale Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Der Staat muß auch für die Interessen derer eintreten, die keine Lobby haben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft garantiert soziale Gerechtigkeit. Aber eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Die Berliner CDU will mit ihrer Sozialpolitik erreichen,

- daß sich alle Menschen in unserer Stadt wohl und geborgen fühlen,
- daß die Generationen einander begegnen, voneinander lernen und einander helfen,
- daß die Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe im Sozialbereich gestärkt werden und
- daß den wirklich Hilfsbedürftigen gezielt und wirksam geholfen werden kann.

Berlin ist nicht nur die Stadt der Jungen, Schönen und Starke. Hier sollen auch Alte und Kranke, Behinderte und Hilfsbedürftige menschenwürdig und zufrieden leben können.

CDU - die Partei der sozialen Verantwortung

Die soziale Verantwortung der CDU ist ein Teil ihres Selbstverständnisses. Die Berliner CDU tritt für eine Sozialpolitik ein, die nicht alles vom Staat und von den großen Betreuungsorganisationen erwartet, sondern die Hilfe zur Selbsthilfe gibt und die kleinen Gruppen, Nachbarschaften und Familien in ihrer Bereitschaft zum sozialen Helfen anerkennt und fördert. Eigenverantwortung und Eigeninitiative sind auch im Sozialbereich mehr denn je gefragt.

- Das von der CDU entwickelte Berliner Modell der Förderung von Selbsthilfeinitiativen hat bundesweit große Anerkennung gefunden. Im Gesundheits- und Sozialwesen und in der Seniorenarbeit sind die Selbsthilfegruppen zu einer wichtigen Ergänzung der professionellen Dienste geworden. Dieses Modell werden wir weiter fördern.

- Die Berliner CDU will eine kinder- und familienfreundliche Stadt, in der die Menschen ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen können, ohne langfristig Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen, daß die Arbeit in der Familie genau so anerkannt wird wie die Erwerbsarbeit. Wir wollen den Sozialabbau zu Lasten der Familien wieder rückgängig machen und das Familiengründungsdarlehen wieder einführen sowie das Berliner Familiengeld wieder auf 12 Monate ausdehnen. Wir wollen das bundesweit umfassendste Angebot an Kindertagesstätten- und Tagespflegeplätzen weiter bedarfsgerecht ausbauen. In jedem Bezirk sollte es einen Kindergarten geben, in dem eine "Rund-um-die-Uhr-Betreuung" im Interesse von Eltern mit Schichtdienst möglich ist. Wir streben einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz für jedes Kind an.
- Die Berliner CDU will eine Politik nicht nur für alte Menschen, sondern mit den alten Menschen gestalten. Die älteren Berlinerinnen und Berliner haben nach einem arbeitsreichen Leben Anspruch auf Sicherheit, Geborgenheit, aber auch auf Selbständigkeit und Anerkennung. Wir wollen das Erfahrungswissen der älteren Generation aktivieren und für unsere Gesellschaft nutzbar machen.
- Die Berliner CDU setzt sich weiter dafür ein, daß niemand nach einem arbeitsreichen Leben darauf angewiesen ist, zum Sozialamt zu gehen. Wir halten an unserer Initiative zum Abbau der "verschämten Altersarmut" fest, durch die erreicht werden soll, daß jede Rentnerin und jeder Rentner mit der Auszahlung durch den Rentenversicherungsträger ein Mindesteinkommen erhält. Die entstehenden Kosten sind durch den Staat zu erstatten.
- Die Berliner CDU will auch erreichen, daß das Risiko der Pflegebedürftigkeit durch eine bundesgesetzliche Regelung solidarisch abgesichert wird. Wir wollen eine Einbeziehung ehrenamtlich Pflegender ohne Berufstätigkeit in die Sozialversicherung, eine Öffnung der Sozialversicherung für Beiträge der Pflegenden und eine Anerkennung der Pflegetätigkeit durch Ausfallzeiten in der Rentenversicherung.

Wir wollen das Berliner Modell, bei dem Pflegebedürftige einen Rechtsanspruch darauf haben, das den Pflegenden Rentenversicherungsbeiträge erstattet werden, weiter ausbauen.

- Die CDU hat das Programm für ein behindertengerechtes Berlin entwickelt. Sie will dieses Programm konsequent umsetzen und dadurch die Lebensbedingungen der behinderten Mitbürger Schritt für Schritt verbessern. Dazu gehören behindertengerechte Wohnungen, rollstuhlgerechte Bahnverbindungen nach Berlin sowie behindertengerechte Zugänge zu Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden, behindertengerechte Busse und Bahnen und abgesenkte Bordsteinkanten für Rollstuhlfahrer. Wir wollen das Telebus-Taxi-System weiter verbessern.
- Und die Berliner CDU hat wieder die Kultur des Helfens ins Bewußtsein zurückgebracht. Sie hat darauf hingewiesen, daß die sozialen Probleme heute nicht mehr zuerst im materiellen Bereich liegen, sondern in einem Mangel an menschlicher Zuwendung. Gefragt sind unmittelbare Kontakte von Mensch zu Mensch, freiwillige Hilfsbereitschaft, Geborgenheit und Sichzurechtfinden in überschaubaren Kreisen, in der Familie, in der Nachbarschaft, im Kiez. Der Staat kann Hilfsbereitschaft nicht verordnen, aber wir wollen wieder konkrete Programme entwickeln, die die Möglichkeiten sozialen Engagements in das Bewußtsein der Menschen bringen.

Die Interessen der jungen Generation vertreten

Mit ihrer Politik will die CDU der jungen Generation eine Zukunftsperspektive bieten. Jugendpolitik ist deswegen eine Aufgabe, die von der Bildungs- und Sportpolitik über die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen bis zur engagierten Umweltpolitik reicht. Die besonderen Interessen der jungen Generation sollen in einem künftigen Senat durch einen Jugendbeauftragten angemessen vertreten werden.

Unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes für junge Menschen in allen Bundesländern werden wir alles tun, um in der Übergangszeit den Vertrauensschutz der Wehrpflichtigen möglichst wirksam zur Geltung zu bringen.

Rot/grüne Erwartungen wurden enttäuscht

Das rot/grüne Bündnis hatte in seinem Koalitionspapier große Erwartungen geweckt und ein ganzes Bündel materieller und struktureller Verbesserungen versprochen. Davon ist kaum etwas verwirklicht worden. In wichtigen Bereichen, wie der Förderung von Selbsthilfegruppen, kam es dagegen zu Mittelkürzungen. Die Enttäuschung über nicht eingelöste Wechsel machte sich Anfang des Jahres in einem zehnwöchigen Kita-Streik Luft. Die Behauptung von einem Sozialabbau, die SPD und AL in ihren Oppositionszeiten so wohlfeil auf den Lippen lag, hat einige Berechtigung bekommen, seitdem die beiden Parteien selber in der Regierung sind. Besonders in der Familienpolitik hat Rot/Grün einen spürbaren Leistungsabbau vollzogen.

Die Berliner CDU steht in der Tradition ihres Gründers Jakob Kaiser. Eine Politik der sozialen Kälte, des bloß sozial verwalteten Menschen, kann mit ihr nicht gemacht werden.

VIII. Die beste Medizin für das ganze Berlin

Unter der Verantwortung der CDU hatte der Westteil unserer Stadt seinen früheren Ruf als "Zentrum der Medizin" wiedergewonnen. Heute findet jede dritte Herztransplantation in der Bundesrepublik in Berlin statt. Der hohe Standard des Krankenhauswesens ist zugleich die Grundlage für die bestmögliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner. Ebenso sind die modern ausgestatteten Praxen niedergelassener Ärzte, ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen, eine verbesserte Versorgung chronisch Kranker, die Beratungs- und Betreuungsdienste der bezirklichen Gesundheitsämter entscheidende Merkmale des demokratischen Gesundheitswesens.

Die Lüge von den "sozialistischen Errungenschaften" tritt am krassesten im Gesundheitswesen des östlichen Teils von Berlin zutage. Die Berliner CDU wird die menschenunwürdige Vernachlässigung, die hier sichtbar wird, konsequent beenden. Sie drängt auf eine schnelle Vereinheitlichung des Gesundheitswesens auf der Grundlage von Qualität, Patientennähe und Wirtschaftlichkeit.

Korrektur des sozialistischen Gesundheitswesens

Die Berliner CDU wird eine wohnortnahe stationäre und ambulante Versorgung und Betreuung im Krankheitsfall für die ganze Stadt sichern. Es ist unerträglich, daß sich Patienten aus dem Osten in den Westteil Berlins begeben müssen, um optimal versorgt zu werden. Es ist absurd, daß Ärzte weiter in den Westen abwandern, weil sie im Ostteil keine angemessene Vergütung erhalten.

- Die Berliner CDU will für den Großraum Berlin ein abgestuftes, flächendeckendes System von Krankenhäusern der Grundversorgung bis hin zur hochspezialisierten Klinik. Vordringlich sind bei hohem Leistungsstand des ärztlichen und pflegerischen Personals die Erneuerung der medizinisch-technischen Ausstattung, die Modernisierung der Bausubstanz und die Strukturveränderungen der Krankenhäuser im östlichen Berlin. Dabei sind konfessionelle und freie Träger angemessen zu berücksichtigen. Die CDU will unverzüglich einen neuen Krankenhausplan für das ganze Berlin unter Abstimmung mit dem Land Brandenburg in Angriff nehmen.
- Die Berliner CDU will die Einrichtung von Praxen niedergelassener Ärzte aller Fachrichtungen im Ostteil Berlins fördern. Dazu gehört vor allem ein gezieltes Programm zur Beschaffung bezahlbarer Praxisräume. Ambulatorien und Polikliniken müssen in der nächsten Zeit an der Versorgung der Patienten beteiligt werden. Hierfür ist ein betriebswirtschaftlich orientiertes Konzept erforderlich. Langfristig ist ihre Umwandlung in Gemeinschaftspraxen oder Praxisgemeinschaften anzustreben. Im Miteinander von niedergelassenen Ärzten einerseits und Ambulatorien und Polikliniken andererseits sind für die CDU die Qualität der Versorgung und das Recht des Patienten auf freie Arztwahl die obersten Grundsätze.
- Die Berliner CDU will auch in den östlichen Bezirken ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen schaffen. Dabei ist das bewährte Konzept der Trägerschaft durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege anzuwenden. In einem Stufenplan soll dort zunächst die Förderung von 60 Sozialstationen aufgenommen werden und hierin bestehende Einrichtungen der Volkssolidarität,

der Gemeindestationen sowie der Bezirks- und Betriebsschwestern zusammengeführt werden. Für alle Berlinerinnen und Berliner soll es so bald wie möglich ein verlässliches, jederzeit abrufbares und qualifiziertes Angebot an häuslicher Krankenpflege, Hauspflege und sozialer Beratung geben.

- Für die Berliner CDU ist ein moderner öffentlicher Gesundheitsdienst in allen Teilen Berlins eine Grundvoraussetzung effektiver Gesundheitspolitik. Sie will daher in den östlichen Bezirken die Gesundheitsämter entsprechend ausbauen. Die bewährten Formen der Betreuung chronisch Kranker, die sogenannten Dispensaires, sollen unter Berücksichtigung der Dienste niedergelassener Ärzte erhalten bleiben.
- Die Berliner CDU wird ein flächendeckendes Netz stationärer, teilstationärer und ambulanter Rehabilitations- und Nachsorgeeinrichtungen für ältere Menschen knüpfen. Bewährte Einrichtungen sollen weiter gefördert werden.
- Einerseits besteht ein akuter Mangel an Krankenschwestern, Kranken- und Altenpflegern und sonstigem Betreuungspersonal. Andererseits ist es im Ostteil der Stadt jetzt oftmals notwendig, sich beruflich umzuorientieren. Dabei will die Berliner CDU im Rahmen ihrer Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt dafür werben, daß sich möglichst viele Menschen für einen Beruf im Pflegebereich entscheiden. Der große Bedarf an Pflegekräften bietet eine sichere Berufschance für Menschen, die sich beruflich neu orientieren müssen.

Rot/Grün den kommenden Aufgaben nicht gewachsen

Das seit zwei Jahren im Westteil Berlins regierende SPD / AL-Bündnis hatte in seinem Koalitionspapier Laienvorurteile gegenüber der Medizin fortgeschrieben und insbesondere gegen eine "Hochleistungsmedizin" Stellung bezogen. Für die Berliner ist es dagegen beruhigend zu wissen, daß sie in einer Stadt wohnen, in der die beste medizinische Versorgung auch im bedrohlichsten Krankheitsfall möglich ist. Die rot/grüne Anfangspolemik wich denn auch sehr bald der nüchternen Erkenntnis, daß die Gesundheitspolitik der CDU weitergeführt werden muß.

Der rot / grüne Senat sparte auch nicht mit Versprechungen, die berufliche Situation der Pflegekräfte entscheidend zu verbessern. Auch in diesem Bereich machten betrogene Wählerinnen und Wähler schließlich ihrer Enttäuschung in Protesten Luft. Insgesamt muß im Gesundheitswesen diesem Senat eine mangelhafte Kompetenz bescheinigt werden. Er konnte nicht einmal die Probleme angehen, die im Westteil unserer Stadt noch vorhanden sind. Nicht nur die CDU bezweifelt, daß diese Parteien-Koalition den unvergleichlich größeren Aufgaben gewachsen ist, vor denen die Gesundheitspolitik im zusammenwachsenden Berlin steht.

Gesundheitsversorgung für ganz Berlin weiterentwickeln

Auch im Westteil unserer Stadt darf es keinen Stillstand geben. Die Berliner CDU verfolgt in der Gesundheitspolitik folgende Ziele:

- Die Berliner CDU will die Qualität des Berliner Gesundheitswesens weiter verbessern und dabei sparsam mit den Beiträgen der Krankenkassenmitglieder umgehen.
- Die Berliner CDU wird bei der Neufassung des Krankenhausplans vor allem den Bereich der Versorgung Chronisch- und Alters-Kranker neu ordnen. Wir vertreten den Grundsatz, daß sich Rehabilitation in jedem Alter lohnt. Wir wollen dafür sorgen, daß die Geriatrie (Altersheilkunde) als eigenständiges Fachgebiet den gebührenden Platz in der Krankenversorgung erhält.
- Die Berliner CDU will erreichen, daß die Pflege und Betreuung von Schwerkranken durch ein abgestuftes Versorgungssystem verbessert wird. Wir werden komplementäre Einrichtungen wie Kurzzeitpflegestationen, Krankenwohnungen und Tageskliniken bedarfsorientiert einrichten und fördern. Neue Formen des betreuten Wohnens wollen wir fördern, damit Schwerkranke und Sterbende in Geborgenheit und Würde ihren Lebensweg beenden können.

- *Die Berliner CDU wird unsere Stadt weiter zu einem Dienstleistungszentrum der Medizin ausbauen und Berlin auch zu einem Zentrum der deutschen Rheumaforschung und der sportmedizinischen Wissenschaft machen.*
- *Das Sozialprestige eines Berufs wird in unserer Gesellschaft von der Höhe der Vergütung mitbestimmt. Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß die Pflege von Menschen nicht geringer bewertet wird als die Wartung von Maschinen. Wir setzen uns für eine leistungsgerechte Vergütung und angemessene Schichtzulagen in den Kranken- und Altenpflegeberufen ein. Die Personalbemessung in Krankenhäusern und Heimen muß dem tatsächlichen Bedarf und den gewachsenen Anforderungen entsprechen. Auch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe und ein breiteres Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver machen.*
- *Die Berliner CDU strebt eine engere Verknüpfung von sozialer und medizinischer Beratung an. Sie will die vorhandenen Beratungsstellen ausbauen und zusätzliche einrichten.*
- *Berlin ist führend im Kampf gegen AIDS. Die Berliner CDU will die Berliner Linie, die vor allem auf Aufklärung und Selbstverantwortung des Einzelnen setzt, verstärkt fortführen. Die in diesem Bereich tätigen Selbsthilfeorganisationen werden wieder bedarfsgerecht gefördert.*
- *Die Berliner CDU setzt auch im Kampf gegen den immer bedrohlicher zunehmenden Rauschgiftkonsum verstärkt auf Aufklärung, insbesondere jetzt im Ostteil der Stadt, und auf die Betreuung im Milieu. Diese schwierige Arbeit muß materiell ausreichend unterstützt werden. Das gilt auch für die berufliche Absicherung der hier tätigen Frauen und Männer. Das Zusammenwachsen der Stadt erfordert ein erweitertes Angebot an Drogenkontakt- und -beratungsstellen. Die Zahl der Entzugs- und Therapieplätze ist bedarfsgerecht auszubauen.*
- *Die Berliner CDU begreift eine gesunde Umwelt als einen entscheidenden Teil der Gesundheitspolitik. Neben den äußeren Umweltfaktoren, die die Gesundheit bedrohen, ist eine gesunde Lebensweise erforderlich. Die CDU wird daher Schwerpunkte bei der Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge setzen. Die Aufklärungsarbeit in den Schulen, den Jugendfreizeitstätten und Freizeittreffpunkten von Jugendlichen wollen wir hinsichtlich der illegalen genau so wie der legalen Drogen (Alkohol und Tabak) verstärken.*

IX. Gleichberechtigung geht Alle an

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Dieses Gebot unseres Grundgesetzes ist immer noch nicht selbstverständlich, weder im Alltag noch im Beruf und auch nicht in der Politik. Frauen weisen zu Recht darauf hin, daß Gleichberechtigung erst verwirklicht ist, wenn Frauen gleichwertig wie Männer Chancen haben, wenn von ihnen nicht die bessere, sondern die gleiche Leistung wie von Männern erwartet wird und wenn sie nicht wegen unaufhebbarer Unterschiede benachteiligt bleiben.

Die Berliner CDU fordert daher konkret:

- *Mehr Frauen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens!*
- *Mehr Frauen in die politische Verantwortung!*

CDU will alte Denkgewohnheiten ändern

Vergessen wir nicht: Demokratie kennt kein Vorrecht durch die Geburt. Das gilt auch für die Geschlechter. Frauen fordern daher immer nachdrücklicher, den Worten und Beschlüssen zur Gleichberechtigung endlich Taten folgen zu lassen.

Nachlassender Druck ist gleichbedeutend mit Stillstand in der Entwicklung. Diesen Stillstand aber können wir uns gerade jetzt nicht leisten. Die vor uns stehenden Aufgaben in einem vereinten Deutschland und in einem zusammenwachsenden Berlin können nur gemeinsam von Frauen und Männern gelöst werden. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

Das Leitbild der CDU: Wahlfreiheit für Frau und Mann

Das Leitbild für die Berliner CDU ist die eigenverantwortliche Frau, die mit dem Mann sowohl in der Familie als auch im beruflichen und im öffentlichen Leben partnerschaftlich zusammenwirkt.

Deshalb arbeitet die Berliner CDU darauf hin,

- *daß gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Frauen und den Männern die Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Lebensentwürfen geben, und*
- *daß es für die einzelnen Lebensphasen konkrete Förderungsprogramme gibt, um ein unbeabsichtigtes Abseits in der Gesellschaft zu verhindern.*

Frauen müssen gefördert werden

Für die Berliner CDU sind Frauenförderungspläne nach wie vor das wirksamste Instrument zur allgemeinen Verbesserung der Lage der Frauen.

- *Die Berliner CDU strebt gesetzliche Förderungsmaßnahmen für weibliche Beschäftigte mit dem Ziel an, den Anteil der Frauen in höheren und leitenden Positionen spürbar anzuheben.*
- *Die CDU unterstützt Maßnahmen, die eine bessere Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen. Dies muß mit einem größeren Angebot an familiengerechten Teilzeitarbeitsplätzen einher gehen.*
- *Die CDU strebt eine Verbesserung der Regelung an, nach der Eltern kranker Kinder von der Arbeit freigestellt werden können, wenn keine andere Betreuungsmöglichkeit vorhanden ist.*
- *Die Berliner CDU will, daß die Weiterbildungsangebote in der Familienphase verbessert werden, um den Erhalt der erreichten Qualifikation zu sichern und so eine spätere Rückkehr in den Beruf zu erleichtern. Deshalb muß die Qualifizierungsoffensive für Frauen fortgesetzt werden.*
- *Die Förderung der Existenzgründung von Frauen muß fortgesetzt und verfeinert werden.*
- *Die Förderung der Frauenforschung muß gesichert und ausgebaut werden.*

X. Stadt der freiheitlichen und vielfältigen Bildung

Demokratische Bildungspolitik ist realistisch. Jungen Menschen soll das bestmögliche Rüstzeug mitgegeben werden, damit sie sich in der Welt behaupten, in die sie hineinwachsen. Dann erst können sie die Welt auch weiter voranbringen. Das Bildungsangebot muß breitgefächert sein, um die jeweils besten Begabungen zu stärken und die schwächeren zu fördern.

Unser zusammenwachsendes Berlin soll eine Stadt der freiheitlichen und vielfältigen Bildung in Schulen, Hochschulen und anderen qualifizierten Ausbildungsstätten sein. Die Berliner CDU sieht daher in einer vorausschauenden und von Verantwortung getragenen Bildungspolitik einen wesentlichen Gestaltungsbereich für den Erhalt und die Fortentwicklung eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens.

- *Die CDU tritt ein für die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft und Nationalität. Die Bildungswege müssen jedem ohne Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Eltern zugänglich sein.*
- *Die Berliner CDU wird ihren Beitrag zum schnellen Aufbau eines modernen Bildungswesens im Ostteil Berlins leisten. Dazu gehört eine Bildungspolitik, die auf Verständnis und Toleranz beruht, die dem Einzelnen alle Chancen eröffnet, sich zu einer freien, selbstbestimmten Persönlichkeit zu entwickeln, und die es ihm ermöglicht, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.*
- *Die Berliner CDU spricht sich für eine Nachbildungsoffensive für alle aus, denen bislang aufgrund*

ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder der Stellung ihrer Eltern weiterführende Bildungsgänge verwehrt blieben. Die CDU hält ferner eine Weiterbildungsoffensive im Ostteil Berlins für erforderlich, um bestehende Bildungsunterschiede abzubauen. Es darf nicht zwei Klassen von Jugendlichen in unserer Stadt geben.

- *Für die CDU ist es selbstverständlich, daß Lehrinhalte frei von parteipolitischen und ideologischen Zwängen und offen für unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Inhalte sind.*
- *Bildung und Erziehung haben von der Persönlichkeit, der Individualität und der Würde jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen auszugehen und müssen den Bezug zum Gemeinwesen sichern.*
- *Demokratische Bildungspolitik hat das grundgesetzlich geschützte Elternrecht zu beachten. Deshalb müssen Schule und Elternhaus eng zusammenarbeiten.*

Klare, verlässliche CDU-Grundsätze

Die CDU richtet sich auch in ihrer Schulpolitik nach klaren, verlässlichen Grundsätzen.

- *Die Berliner CDU will die bisherige sozialistische Einheitsschule auflösen. Die totale Vereinnahmung der Kinder und Jugendlichen durch eine das Individuum mißachtende Ideologie wird endlich beendet sein.*
- *Das bewährte gegliederte Schulsystem aus Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium wird auf der Grundlage des Schulgesetzes auf ganz Berlin ausgedehnt. Eltern und Schüler haben einen Anspruch darauf, daß dem Wunsch zur Realisierung des Elternwillens bei der Schulwahl auch ein entsprechend vielfältiges Angebot gegenübersteht. Die CDU garantiert die freie, an den Fähigkeiten orientierte Wahl des Schultyps.*
- *Die Berliner CDU spricht sich gegen eine Überbetonung der Gesamtschule aus. Die Gesamtschule bleibt als eine Wahlmöglichkeit innerhalb des vielfältigen Berliner Schulangebots bestehen.*
- *Für die CDU ist es selbstverständlich, daß sich die Rahmenpläne an den Wertmaßstäben des Grundgesetzes orientieren. Gleiches gilt für die Lehrbücher.*
- *Die CDU tritt für eine Stärkung der Chancengleichheit von Mädchen und Frauen ein. In der Schule bedeutet das vor allem, einengende Rollenfixierungen im täglichen Umgang wie bei der Entscheidung für bestimmte Wahlfächer, insbesondere in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen, aufzubrechen.*
- *Die CDU will dem Schulsport sowie der musisch-künstlerischen Erziehung eine besondere Förderung zuteil werden lassen. Die Einrichtung von Schulen mit besonderen Schwerpunkten (musisch, sportlich, naturwissenschaftlich, sprachlich) wird von der CDU ausdrücklich unterstützt. Der Bedarf für die Einrichtung eines zweisprachigen Gymnasiums mit Russisch ist zu überprüfen.*
- *Die Gründung von weiteren Schulen in freier Trägerschaft wird von der CDU begrüßt. Wir garantieren für diese Schulen in beiden Stadthälften die gleiche Förderung und stehen weiterhin zur Steigerung der Übernahme der Personalkosten auf 100 Prozent.*

Vorstellungen für die Grundschule

Durch die Schaffung differenzierter pädagogischer und organisatorischer Rahmenbedingungen müssen Berlins Grundschulen sehr unterschiedliche Anforderungen erfüllen können. Ausländische Kinder und Jugendliche leben zumeist in den Stadtteilen, in denen auch viele deutsche Kinder einer besonderen Förderung bedürfen. Dem muß künftig besser Rechnung getragen werden.

- *Die Berliner CDU will, daß es jedem Kind ermöglicht wird, entweder in eine Vorklasse oder eine Vorschulgruppe der Kindertagesstätte mit nicht mehr als 14 Kindern aufgenommen zu werden.*
- *Der Maßstab für die Integration ausländischer Schüler muß nach Auffassung der CDU die Frage*

sein, ob die Voraussetzungen gegeben sind, daß deutsche und ausländische Kinder die deutsche Sprache in Wort und Schrift erlernen können.

- Die CDU setzt sich für ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen ein. Diese Schulen sind ein Angebot, das soziale Hilfen bieten kann und auf die Verbindung von Beruf und Familie bei Mann und Frau antwortet.

Sonderpädagogische Förderung

- Die CDU spricht sich für eine intensive Förderung behinderter Kinder aus. Sowie Integration in allgemeinen Schulen wie möglich, soviel Förderung in Sonderschulen wie für das betreffende Kind hilfreich und nötig, muß angeboten werden. Die sonderpädagogische Förderung muß in den verschiedenen Organisationsformen (Sonderschule, Integrationsklasse) gleichwertig gesichert sein.
- Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer an allgemeinen Schulen als Vorbereitung auf ihre Aufgabe in Integrationsklassen müssen ausgebaut werden.

Vorstellungen für die weiterführenden Schulen

Für unfruchtbare Grundsatzdiskussionen ist die Schule der falsche Platz. Das gegliederte Schulsystem, in dem die Gesamtschule eine gleichberechtigte Variante ist, ist am besten in der Lage, alle Schülerinnen und Schüler ihren Begabungen entsprechend zu fördern und zu fordern.

- Die Hauptschule erfüllt nach Auffassung der CDU als Schulform eigener Prägung einen besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der von keinem anderen Schultyp so lebensnah gestaltet werden kann.
- Die berufsfeldbezogene Zielsetzung der Realschule ist nach Meinung der CDU ein nicht zu unterschätzender Vorteil dieses Schultyps. Die Realschule hat es verdient, technisch-apparativ, aber auch räumlich besser ausgestattet zu werden.
- Die Berliner CDU tritt für eine Gesamtschule ein, die als Teil des gegliederten Schulsystems Leistungsfähigkeit, Integrationsbereitschaft und soziales Miteinander erfahren läßt.
- Die Berliner CDU will das Gymnasium innerhalb des vielgliederten Schulsystems in Berlin als Einrichtung erhalten und stärken, die mit verpflichtender Tradition ihre Schülerinnen und Schüler zu einer breiten und vertieften Allgemeinbildung und zur allgemeinen Hochschulreife führt.
- Die Berliner CDU setzt sich für ein berufliches Bildungswesen ein, das den Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes und dem tiefgreifenden technologischen Wandel gerecht wird. Wirtschaft und Schule sind gleichberechtigte Partner in diesem bewährten dualen System.

Musikschulen und Volkshochschulen

- Die bezirklichen Musikschulen sind wichtige Einrichtungen, die frühkindliche Förderung und das Stärken musikalischer Vielfalt sichern. Sie müssen auch im Ostteil unserer Stadt für alle musikinteressierten Kinder und Jugendlichen geöffnet werden.
- In einem ausgebauten Bildungssystem für alle gehören umfangreiche Weiter- und Fortbildungsangebote notwendigerweise zum Angebotskatalog der Volkshochschulen. Insbesondere muß es Kurse geben, die das Nachholen von Schulabschlüssen und die Vorbereitung auf den nächsten Lebensabschnitt ermöglichen. Die persönliche Entwicklung soll weiterhin durch ein vielfältiges kulturelles, künstlerisches, sportliches, gesundheitsförderndes und politisch bildendes Programm unterstützt und gefördert werden. Die Volkshochschulen müssen für diese umfassenden Aufgaben

finanziell entsprechend ausgestattet sein.

Die gestiegene Schülerzahl soll nicht zu einer übermäßigen Erhöhung der Klassenfrequenzen führen. Deshalb will die CDU ein Schulbausonderprogramm auflegen, in dem schwerpunktmäßig neue Grundschulen in allen Bezirken geschaffen werden. Im Ostteil der Stadt müssen als neue Bildungsangebote Gymnasien und Realschulen errichtet werden. Die beruflichen Schulen im Ostteil der Stadt müssen durch ein Sonderprogramm dem Standard der westlichen Bezirke angeglichen werden.

XI. Die Stadt der Wissenschaft - das studierende, lehrende und forschende Berlin

Berlin bietet den Standortvorteil einer in Deutschland einmaligen Vielfalt und Leistungsfähigkeit seiner Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Das große Angebot qualifizierter Wissenschaftler und die Kooperationsmöglichkeiten mit den vorhandenen Forschungskapazitäten machen die Stadt interessant für die Ansiedlung innovativer Industrie- und Wirtschaftsunternehmen.

Durch die anstehende Neuordnung der Forschungslandschaft im Ostteil unserer Stadt kommen große Aufgaben auf uns zu. Die CDU wird sich im Zweifelsfall immer für den Erhalt von wissenschaftlichen Einrichtungen aussprechen, denn Forschung und Entwicklung eröffnen uns neue Wege in die Zukunft.

Das zusammenwachsende und wieder nach allen Seiten offene Berlin wird auch als Studienort noch gefragter. Unsere Stadt wird künftig für Studenten aus Osteuropa besonders interessant sein. Durch diese erweiterte Internationalität wächst wiederum die Anziehungskraft für junge Menschen aus westlichen Ländern. Im östlichen Deutschland wird sich die Zahl der Studienbewerber verdoppeln. Die Nachfrage nach Studienplätzen in unserer Stadt dürfte zu einem schwer lösbaren Problem werden.

Zu große Einrichtungen haben sich nicht bewährt. Die Berliner CDU strebt daher eine langfristige Hochschulreform an, damit unter dem Dach der jeweiligen Universitäten und Hochschulen einzelne, selbständige Bereiche geschaffen werden. Der Einrichtung neuer selbständiger Hochschulen ist der Vorrang vor der Erweiterung bestehender Einheiten zu geben, allerdings darf es auch nicht zu einer beliebigen Vermehrung von Institutionen kommen.

- *Die CDU will das breite Fächerangebot der Berliner Universitäten erhalten. Neue Forschungsschwerpunkte müssen auch in der Lehre Eingang finden. Der Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt muß genügend Raum gegeben werden. Der Ostteil der Stadt bringt einen reichen Erfahrungsschatz an Kontakten und Informationen zu Osteuropa mit, diesen gilt es für die gesamte Stadt zu aktivieren..*
- *Die innere Reform der Humboldt-Universität ist eine der großen Aufgaben im Hochschulbereich. Baulich und apparativ muß die Humboldt-Universität schnellstmöglich modernisiert werden. Zugleich kann ihre Kapazität auf 20.000 Studenten erweitert werden.*
- *Die Berliner Kunsthochschulen will die CDU unter einem gemeinsamen Dach zusammenführen. Studienleistungen müssen gegenseitig uneingeschränkt anerkannt werden, so daß sich für die Studierenden durch die Zusammenführung ein breiteres und vielfältiges Angebot ergibt.*
- *Die Berliner CDU spricht sich für die Neugründung einer Technischen Hochschule in der Region Berlin aus, durch die der Andrang zu den technischen Studiengängen an den bestehenden Berliner Hochschulen gemildert werden kann.*

Auch die Fachhochschulen ausbauen

Der Ausbau des Berliner Fachhochschulwesens ist schon wegen der großen Nachfrage notwendig. Die notwendige Integration der im Ostteil der Stadt bestehenden Fachhochschulen macht ihn noch dringlicher-

- Die Umstrukturierung der Ingenieurschule in Berlin-Lichtenberg in eine weitere Technische Fachhochschule ist zügig einzuleiten. Nach Auffassung der Berliner CDU hat die Technische Fachhochschule im Westteil unserer Stadt ihre Kapazitätsgrenze erreicht.
- Die Hochschule für Ökonomie - früher "Bruno Leuschner" - und die Fachhochschule für Wirtschaft sollen in ihrem Studienangebot auf eine praxisorientierte Ausbildung konzentriert sein. Ihre Zukunft könnte in einer Art Management-Schule mit verstärkter europäischer Ausrichtung liegen.

Studium auf einer neuen Grundlage

Die Tatsache, daß heute fast jeder zweite junge Mensch ein Studium anstrebt, hat eine Vielzahl neuer Probleme aufgeworfen, deren Lösung auch ein gewisses Umdenken erforderlich macht. Im Durchschnitt dauert es heute länger als noch vor einer Generation, bis junge Menschen auf eigenen Füßen stehen.

Das Studium muß zeitlich gestrafft werden. Das erfordert auch ein stärkeres Eingehen der Hochschulen auf die Lernnotwendigkeiten und Prüfungsvoraussetzungen, verbesserte Orientierungshilfe, mehr Labor- und Computerplätze, mehr Lern- und Lehrmittel, verlängerte Bibliotheksöffnungszeiten.

- Die CDU hält den Numerus Clausus für ungerecht. Um ihn langfristig abzuschaffen, hält sie folgendes für notwendig:
 - * Es müssen neue Studienplätze geschaffen werden.
 - * Durch Überprüfung der Studienordnungen muß erreicht werden, daß die Regelstudiendauer an Universitäten generell nicht mehr als 10 Semester und an Fachhochschulen nicht mehr als 8 Semester beträgt.
 - * In den Studienordnungen sind außer dem normalen Studienablauf Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium auszuweisen.
- Die Berliner CDU will jungen Menschen, die das DDR-Regime daran gehindert hatte, die Hochschulreife zu erlangen, die Möglichkeit geben, das Abitur nachzumachen. Hierzu sind auch finanzielle Unterstützungen erforderlich.
- Die CDU unterstützt nachhaltig die Verantwortung der Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder. Die Berliner CDU begrüßt die zum Juli erfolgte BAFÖG-Erhöhung, fordert jedoch grundsätzlich eine differenziertere Ausbildungsförderung für Studenten, deren Eltern finanziell nicht in der Lage sind, ein Studium zu ermöglichen. Die Einkommensgrenzen müssen stetig überprüft werden und die Höhe der Zuschüsse auf realistischen Grundlagen basieren.
- Dem großen studentischen Wohnungsbedarf muß nach dem Willen der CDU durch ein Sonderbauprogramm von kleinen, preiswerten Wohneinheiten Rechnung getragen werden. Diese dürfen nur an immatrikulierte Studenten und längstens für die Dauer der Regelstudienzeit vermietet werden. Zur Überbrückung der derzeitigen akuten Wohnungsnot, insbesondere zu Semesterbeginn, müssen auch unkonventionelle Maßnahmen, wie die Errichtung von Wohn-Containern oder materielle Anreize zur Untervermietung an Studenten, organisiert werden. Frei werdende Militäreinrichtungen, insbesondere der ehemaligen NVA, sollen zu Studentenwohnheimen umgebaut werden. Die in beiden Teilen Berlins vorhandenen Wohnheimplätze müssen modernisiert und den heutigen Bedürfnissen angepaßt werden.

Kurskorrektur in der Hochschullandschaft Ost-Berlins

Das Hochschulwesen wurde in der früheren DDR völlig nach den Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ausgerichtet. Bevor die Berliner Hochschullandschaft zusammenwachsen kann, bedarf es in dieser Beziehung eines klaren, sauberen Schnittes.

Die grundgesetzlich geschützte Unabhängigkeit von Forschung und Lehre und die Freiheit der Wissenschaft gründen sich auf die Qualität der Hochschullehrer. Die Tätigkeit als Professor an einer deutschen Hochschule muß immer mit einem ausschließlich fachlich orientierten Berufungsverfahren verbunden sein.

Für die Berliner CDU gibt es keine Diskussion: Professoren, die nur aufgrund politischer und gesellschaftlicher Aktivitäten Hochschullehrer geworden sind, haben an den Universitäten keinen Platz mehr.

- *Alle Berufungen von Professoren müssen nach folgenden Kriterien überprüft werden:*
 - * *Nachweis der formalen Voraussetzung wie abgeschlossenes Studium und Promotion oder Habilitation,*
 - * *qualitativer und quantitativer Nachweis von Lehrtätigkeit,*
 - * *Nachweis von eigenständiger Forschungstätigkeit.*
- *Wen das bisherige Regime in der DDR an der Promotion oder Habilitation gehindert hatte, soll nun die Möglichkeit erhalten, die Forschungsarbeiten nachzuholen. Die Berliner CDU will, daß die Altersgrenzen bei Bewerbern auf entsprechende Stellen in diesen Fällen flexibler gehandhabt werden.*
- *Die demokratischen Veränderungen der Hochschulen im Ostteil unserer Stadt müssen durch Neuberufungen, neue Studiengänge und die Angleichung der Rechts- und Beschäftigungsverhältnisse von Professoren, Assistenten und den übrigen Mitarbeitern so weit wie möglich unterstützt werden.*

Der Forschungsstandort Berlin

Die Vielzahl der selbständigen und universitären Forschungseinrichtungen sind ein wichtiger Grundpfeiler für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Berlins. Mit der Entscheidung zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Diskussion um das Hahn-Meitner-Institut ist der Ruf der Stadt in diesem Bereich im vergangenen Jahr stark gefährdet worden. Hier muß neues Vertrauen geschaffen werden, denn das so erzeugte Klima schreckt Wissenschaftler davon ab, ihre Arbeit in unserer Stadt fortzusetzen.

Die CDU will Berlin als international anerkannter Standort wissenschaftlicher Forschung erhalten und weiterentwickeln. Die Forschungseinrichtungen im Ostteil der Stadt müssen im Rahmen der Vereinbarungen des Einigungsvertrages überprüft und in die Forschungslandschaft der Stadt eingegliedert werden. Das Ziel der CDU ist dabei, die Breite der Forschungslandschaft zu bewahren. Einzelne Einrichtungen werden ihre künftige Heimat an den Hochschulen der Stadt haben, andere werden in die existierenden Forschungsorganisationen (von Max-Planck bis zur Deutschen Forschungsgesellschaft) integriert werden können.

Die CDU möchte die Abwanderung von leistungsfähigen Einrichtungen und ihrer qualifizierten Mitarbeiter aus Berlin mit allen Kräften verhindern. Wir streben eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern an, insbesondere mit den neuen Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Bewährte Kooperationsmodelle sollen erhalten bleiben, neue Formen der Zusammenarbeit versucht werden.

- *Die Berliner CDU will das Gesetz zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin aufheben. Die Berliner CDU will eine Berliner Akademie der Wissenschaften auf der Grundlage der Neugründung des Jahres 1987 und in Zusammenarbeit mit der Gelehrten-gesellschaft der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR.*
- *Die CDU wird die weitere Arbeitsmöglichkeit des Hahn-Meitner-Instituts sichern. Mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie muß erreicht werden, daß die bisherige Rechts- und Finanzierungsform beibehalten wird.*
- *Für die CDU gehört zum Forschungsstandort Berlin vor allem Planungssicherheit für neue und begonnene Projekte. Genehmigungsverfahren müssen zügig abgewickelt werden. Berlin muß ein*

zuverlässlicher Partner sein, um neue Forschungsprojekte aus privaten oder öffentlichen Mitteln an Berlin zu binden.

- Die CDU will, daß sich unsere Stadt von wissenschaftlich fragwürdigen Einrichtungen aus der Zeit des "real-existierenden Sozialismus" trennt. Neben der technologisch orientierten Ausrichtung wird Berlin auch Zentrum der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung bleiben.
- Die enge Bindung unserer Stadt an die Vereinigten Staaten von Amerika wird das John-F.-Kennedy-Institut an der Freien Universität weiterhin durch wissenschaftliche Kreativität stärken und den gewachsenen Verbindungen als intellektuelle Stütze dienen. Die Osteuropa-Forschung hat durch die politischen Entwicklungen der letzten Jahre eine neue Dimension bekommen. Hier wird Berlin Vorreiter sein und neue Akzente setzen.

XII. Eine Kulturlandschaft von europäischer Geltung

Mit der Vereinigung entwickelt sich in unserer Stadt wieder eine gemeinsame Kulturlandschaft. Ihre Faszination geht von einem Klima der Freiheit, der Offenheit und Aufgeschlossenheit aus und zugleich von einer fruchtbaren Spannung, wie sie aus dem Zusammengehen zweier ungleicher und doch miteinander vertrauter Stadthälften entsteht.

Kultur als Bestandteil des privaten und öffentlichen Lebens ist kein Privileg einer Minderheit. Unsere Kulturpolitik weiß sich einer breiten Allgemeinheit verantwortlich und verpflichtet, ohne sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zurückzuziehen und es allen recht machen zu wollen. Kultur ist immer beides, Konsens und Dissens, Zustimmung und Widerspruch. Möglichst viele sollen an der Auseinandersetzung, die sich aus der Fülle und Pluralität des kulturellen Lebens in Berlin ergibt, teilhaben.

Zur Pflege und Erhaltung des ostdeutschen Kulturerbes sieht sich die CDU in besonderer Weise verpflichtet.

Die Insel West-Berlin erfüllte als Kulturstadt bereits hauptstädtische Funktionen. Auch der Ostteil der Stadt war für sich genommen ein bedeutendes kulturelles Zentrum. Jetzt konnte hier die Kulturszene von der staatlichen Bevormundung und von mancher sich daraus entwickelnden Mittelmäßigkeit Abschied nehmen. Der Widerstand gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat hatte in vielen künstlerischen Ausdrucksformen Gestalt angenommen. Nun suchen Künstler - nach einer Phase des Innehaltens und Bewußtwerdens - andere, der gewandelten Zeit entsprechende Inhalte, Wege und Ausdrucksmittel.

Kunst als eine Hauptsache in Berlin

Kunst und Kultur müssen in Berlin wieder Hauptsache werden. Die Rolle der Kultur bei der friedlichen Revolution in Mitteleuropa, die von ihr miterkämpften Maßstäbe Toleranz, Humanität, Europäertum können gar nicht überschätzt werden. Kultur ist aber auch als Wirtschaftsfaktor und für die soziale Integration in Berlin unentbehrlich geworden.

Die CDU will die Vielfalt der Theater und Museen wie auch bei den zahlreichen Einrichtungen im Bereich der Musik bewahren. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Ländern und Berlin sind notwendig. In der deutschen Hauptstadt und dem zukünftigen Regierungssitz wird es Einrichtungen geben, die Landeseinrichtungen sind, Einrichtungen, die von Berlin und dem Bund getragen werden und andere, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden.

Es ist die Politik der CDU, die gesamte kulturelle Vielfalt zu erhalten. Kultureinrichtungen dürfen nicht den Übergangsproblemen bei der Vereinigung der beiden Stadthälften zum Opfer fallen. Aktueller Zuschauerangel, begründet durch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Rahmen des Übergangsprozesses in der ehemaligen DDR und auch durch die Neuorientierung der Bevölkerung, rechtfertigen keine voreiligen Entscheidungen über die künstlerische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit von Theatern, Musiktheatern und Orchestern. Übergangsfinanzierungen sind sicherzustellen.

Berlin, Modell dezentraler Kultur

Die CDU Berlin tritt für die Sicherung und Weiterentwicklung der dezentralen Kultur ein. Berlin ist Modell für viele andere Städte, vor allem in den neu entstehenden Ländern innerhalb der ehemaligen DDR. Die Stadt hat mit Unterstützung der CDU eine beispiellose Entwicklung dezentraler und sozio-kultureller Projekte erlebt. Diese Entwicklung wird eine von der CDU verantwortete Kulturpolitik fortsetzen. Eine Vermehrung bezirklicher Amtsstuben reicht nicht aus, um die neuen und alten Stadtquartiere Berlins, den Wedding, das Scheunenviertel, Marzahn und Gropiusstadt zu beleben. Hier bedarf es eines Kulturfahrplans, der mit der Stadtpolitik Hand in Hand gehen muß.

Kultur und soziale Wirkungen

Das Vorhandensein einer lebendigen Kultur und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung sind vor allem bei der Verwandlung der DDR-Kommandogesellschaft in eine demokratische Gesellschaft unübersehbar. Die Autonomie von Kunst ist eine Sache, eine andere ihre soziale Wirkung - Kultur als "absichtslose Menschlichkeit". Daß die vielen sozio-kulturellen Einrichtungen der Stadt, in Kreuzberg und anderswo, einen Gutteil Prävention, Stabilisierung und Integration leisten, wird von niemandem bestritten. Deshalb gibt es kein Entweder-Oder zwischen Sozial- und Kulturetat. Wer an der Kultur sparen will, muß im Sozialbereich drauflegen.

Förderung von Künstlern

Eine Beschäftigungsgarantie für alle ausgebildeten Künstler wird es auch in Zukunft nicht geben. Die Mittel der sozialen Künstlerförderung müssen jedoch für die gesamte Stadt in genügendem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Die Vergabe von Arbeitsstipendien nach rein künstlerischen Kriterien ist eine Möglichkeit der Künstlerförderung, die die CDU für die gesamte Stadt ausbauen wird.

Kultur und Wirtschaft

Die wirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur für Ansiedlungen, Arbeitskräfte, Steuermehreinnahmen, Tourismus etc. sind bekannt. Aber nicht nur die Wirtschaft hat etwas von der Kultur, sondern auch umgekehrt gibt es Bedürfnisse. So sollten die Unternehmen ermuntert werden, ihren Beitrag zur Kultur durch Ankäufe von Kunstwerken sowie Beschäftigungen von Künstlern zu leisten. Die CDU wird auch Bürgersinn und Mäzenatentum mobilisieren zugunsten von Bestand und Wachstum der Kultur. Ferner wird sie sich für Steuererleichterungen zugunsten der Kunstförderung einsetzen.

XIII. Berlin ist sportlich

Sport ist der lebendigste Ausdruck der heutigen Freizeitgestaltung und zieht mehr Menschen in seinen Bann als irgendeine andere Form gesellschaftlicher Entfaltung. Sport kann menschliche Höchstleistung sein. Sport ist vorbeugende Gesundheitspflege, Sport ist zwischenmenschliche Gemeinschaft. Sport ist der große Zuschauermagnet und zugleich die größte Bürgerinitiative unserer Stadt.

- Die Berliner CDU begreift Spitzen- und Leistungssport, Breiten- und Freizeitsport als eine Einheit. Vom Spitzensport geht letztlich die Faszination aus, die auch immer wieder Millionen Menschen dazu bewegt, ihre eigenen Körperkräfte im Freizeitsport zu messen.
- Für die Berliner CDU ist der im Verein, auch der im betrieblichen Verein, organisierte Sport ein Stück bewährter Bürgerfreiheit. Der Staat soll ihm Partner und nicht Lenker sein. Das beispielhafte ehrenamtliche Engagement im Sport gilt es, im besonderen Maße zu erhalten und zu fördern.
- Die CDU spielt nicht den organisierten Sport gegen die freien Gruppen aus und spaltet nicht den Sport in "erwünschte" und "nicht erwünschte" Sportarten auf.

Sport und Großstadt

Die Ausweitung der Freizeit führt zu einer immer größeren Steigerung der Sportbedürfnisse der Menschen. Zwischen dem notwendigen Schutz unserer Umwelt und den Entfaltungsnotwendigkeiten des Sports ist ein Spannungsverhältnis entstanden, das nicht einseitig gelöst werden kann. Sport und Umwelt sind keine Gegensätze, beide dienen dem Menschen. Die wichtigen Funktionen des Sports und des Umweltschutzes können nur dann zur Entfaltung kommen, wenn beiderseits Grundlagen der gegenseitigen Interessenabwägung erarbeitet und eingehalten werden. Die Berliner CDU sieht im Sport in der Großstadt auch die wirksamste Form der Jugendarbeit. Allein von daher bedarf es einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des Schulsports und einer besseren Zusammenarbeit zwischen dem Schulsport und dem Jugendsport in den Vereinen. Beim Neubau und bei Ersatzbaumaßnahmen öffentlicher Sportanlagen ist daher grundsätzlich die Einrichtung von Jugendräumen bzw. Mehrzweckräumen miteinzubeziehen.

- *Die Berliner CDU wird den Bau von Sportanlagen in Wohnnähe besonders fördern. Schulsportanlagen müssen auch die Bedürfnisse des Vereins- und Gruppensports berücksichtigen und eine Doppelnutzung möglich machen.*
- *Die Berliner CDU unterstützt nach wie vor die Überlegungen für einen Sport-Gesundheits-Park, der das Angebot gesundheitsfördernder sportlicher Aktivitäten für jeden Berliner Bürger in erheblichem Umfang erweitern und ergänzen wird.*
- *Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß der Behinderten-, beziehungsweise Versehrten sport der besonderen kommunalen Förderung bedarf.*
- *Die Berliner CDU will die sportmedizinische Betreuung für den Breiten- und Freizeitsport verbessern.*

Einheitliche Sportstrukturen in der ganzen Stadt

- *Nach der Vereinigung der Stadt müssen wir besonders darauf achten, daß der Aufbau von freien Sportvereinen mit einem starken ehrenamtlichen Engagement in den östlichen Bezirken Berlins gewährleistet wird.*
- *Die Berliner CDU will die im Ostteil Berlins bestehenden Kinder- und Jugendsportschulen erhalten. Nicht nur Sporttalente, sondern auch sportinteressierte Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, eine Sportschule zu besuchen. Diese Schulen sind als Sportgymnasien zu gestalten und sollten als Vorbild für weitere derartige Einrichtungen dienen.*
- *Die Berliner CDU will erfolgreichen Leistungssport und seine Vereine aus dem Ostteil der Stadt fördern. Die Vereinigung darf durch die Übergangsprobleme nicht zu einer Minderung der Qualität der Sport- und zukünftigen Olympiastadt Berlin führen.*
- *Die internationalen Sportinstitutionen und Sportverbände, die ihre Geschäftsstellen im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung in der deutschen Hauptstadt einrichten, sind uns willkommen und erhalten die Unterstützung der Berliner CDU. Eine besondere erhält die Führungs- und Verwaltungsakademie des Deutschen Sportbundes in Berlin durch die neuen Anforderungen im Bereich der früheren DDR.*

Olympia nach Berlin!

Die Berliner CDU sieht in der Veranstaltung der Olympischen Spiele des Jahres 2000 in unserer Stadt auch eine Chance, die langfristige Möglichkeit für den Berliner Sport nachhaltig zu verbessern. Neben der Sanierung und Modernisierung vorhandener Sportstätten steht die Ergänzung des Sportstättenangebots im Vordergrund. In der Vorbereitung auf die Olympischen Spiele hat sich Berlin als wirkliche Sportstadt auszuweisen. Die Anzahl der internationalen Wettkämpfe und Begegnungen muß deutlich erhöht werden. Die Berliner CDU ruft die Wirtschaft dazu auf, die Bemühungen der Politik und des

Sports nach Kräften zu unterstützen.

- *Die Berliner CDU tritt nachdrücklich für die Konzentration der olympischen Anlagen im Stadtgebiet ein. Neben dem bisherigen Olympischen Areal in Westend will sie insbesondere das Gelände zwischen dem Eisstadion Wedding, den Sportplätzen an der Chausseestraße und dem Spandauer Schifffahrtskanal zu einem innerstädtischen Sportband gestalten, das auch nach Abschluß der Sportspiele eine zentral gelegene Bereicherung sportlicher Möglichkeiten in unserer Stadt sein wird.*
- *Die Berliner CDU will den Ausbau der Olympiastätten in der unmittelbaren Verantwortung des Senats vorantreiben.*
- *Der Name Berlins ist mit der Entwicklung zahlreicher Sportarten aufs engste verknüpft. Sie müssen an ihrer traditionsreichen Stätte auch in Zukunft eine Heimstatt haben. Das gilt für den Motorsport auf der AVUS und für den Wassersport auf Havel, Spree und Dahme.*

XIV. Ausländerpolitik für das vereinte Berlin

Die Wiedervereinigung Berlins zur deutschen Hauptstadt wird auch in der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung neue Entwicklungen einleiten. Einerseits wird der prozentuale Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung zurückgehen, weil im Ostteil der Stadt viel weniger Ausländer (etwa 19.000) leben. Andererseits wird Berlin als Hauptstadt und Wirtschaftsmetropole an Attraktivität für Zuzugswillige, auch Ausländer, gewinnen.

Zuwanderung ist nichts Neues in der Berliner Geschichte. Mit den Zuwanderern und Gästen sind immer auch neue Ideen nach Berlin gekommen, die unsere Stadt wirtschaftlich und kulturell bereichert haben. Wir wissen aber auch, daß das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aus den verschiedenen Kulturen vielfältige Schwierigkeiten mit sich bringt. Wir wissen auch, daß eine Stadt nur eine begrenzte Zahl von Zuwanderern in einem bestimmten Zeitraum friedlich integrieren kann.

Integration fördern - Zuzug begrenzen

Die Integration der Ausländer, die auf Dauer in unserer Stadt leben, ist für die Berliner CDU eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Unsere Ausländerpolitik zielt auf ein lebendiges und gedeihliches Miteinander von Deutschen und Ausländern in unserer Stadt. Der Integrationsprozeß kann nur gelingen, wenn er von gegenseitiger Achtung getragen wird.

- *Die Berliner CDU lehnt das kommunale Wahlrecht für Ausländer aus verfassungspolitischen und integrationspolitischen Gründen ab. Das von SPD und AL eingeführte Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen für Ausländer hat sich als verfassungswidrig erwiesen und darf nicht weiter verfolgt werden.*
- *Die Berliner CDU will für Ausländer, die schon lange in Deutschland leben und die den Wunsch haben, Deutsche zu werden, die Einbürgerung weiter erleichtern. Dies gilt besonders für die junge Ausländergeneration, die hier geboren ist.*
- *Die Berliner CDU hält an der Zuzugsbegrenzung für unsere Stadt fest. Der Zuzug von Nicht-EG-Ausländern muß auf wenige Ausnahmen - Ehegatten und Kinder - begrenzt bleiben, um die Integration der hier lebenden Ausländer nicht in Frage zu stellen. Nur so kann es gelingen, soziale Anpassungsprobleme, die sich bei einem Teil der zugewanderten Ausländer neuerdings deutlich abzeichnen, einzudämmen.*
- *Die Berliner CDU erkennt an den Konflikten, die in einem Teil der jungen Ausländergeneration ausgebrochen sind, daß die schulische, soziale und berufliche Integration noch nicht gelungen ist. Wir wollen die Anstrengungen auf diesem Gebiet in Zukunft verstärken und uns in den nächsten Jahren stärker auf die Eingliederung der 2. und 3. Ausländergeneration konzentrieren. Wir wollen den jüngeren Ausländern helfen, erfolgreich in der Schule zu sein, eine qualifizierte Berufsausbildung zu durchlaufen und einen vollwertigen Arbeitsplatz zu finden.*

- *Der Sport ist ein wichtiges Begegnungsfeld deutscher und ausländischer Jugendlicher. Wir wollen daher die Jugendsportarbeit in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil besonders fördern.*
- *Die Berliner CDU will Ausländern, die seit längerer Zeit arbeitslos sind, Rückkehr und Re-Integration in ihr Herkunftsland erleichtern. Wir wollen daher auch in Zukunft Rückkehrhilfen anbieten.*
- *Die Berliner CDU wird kriminelle Ausländer in Zukunft wieder unmittelbar nach Strafverbüßung in ihr Heimatland abschieben. Das ist eine notwendige Maßnahme, die dem Schutz der Bevölkerung dient.*
- *Die Berliner CDU verurteilt Ausländerfeindlichkeit. Wir wollen nicht zulassen, daß fremdenfeindliche Stimmungsmache den inneren Frieden in unserer Stadt gefährdet und das Klima vergiftet. Ein gedeihliches Miteinander, das in einer Millionenstadt besonders lebenswichtig ist, kann nur im täglichen Miteinander wachsen und sich bewähren. Das kann nur gelingen, wenn sich auch die einheimische Bevölkerung nicht überfordert fühlt.*

Asylrecht ja - Mißbrauch des Asylrechts bekämpfen

Die Bundesrepublik gewährt politisch Verfolgten großzügig Asyl. Wir werden das Asylrecht nur bewahren können, wenn es uns gelingt, den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern. Dazu ist eine Ergänzung des Art. 16 des Grundgesetzes notwendig.

- *Die Berliner CDU wird den rot / grünen Ausländererlaß, der Ausländern aus bestimmten Ländern des Mittleren Ostens die Zuwanderung unabhängig vom Asylrecht erlaubt, unverzüglich wieder aufheben.*
- *Berlin ist durch seine geographische Lage für viele Armutsfüchtlinge aus osteuropäischen Ländern zur ersten Anlaufstelle geworden. Die Zahl dieser Zuwanderer hat in den letzten Monaten bedenkliche Ausmaße angenommen. Das Asylrecht, auf das sie sich berufen, steht ihnen jedoch nicht zu. Wir setzen uns daher für eine Änderung des Asylrechts ein. Diesen Menschen muß in ihren Herkunftsländern geholfen werden.*
- *Die Berliner CDU tritt auch für eine deutliche Verkürzung des Asylverfahrens ein. Es muß sichergestellt werden, daß eine abschließende Entscheidung über einen Asylantrag innerhalb eines Jahres getroffen wird. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen nach dieser Entscheidung die Bundesrepublik wieder verlassen, notfalls abgeschoben werden.*
- *Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß das Asylrecht in allen europäischen Ländern vereinheitlicht wird.*

Impressum: CDU Landesverband Berlin
 Lietzenburger Straße 46, 1000 Berlin 30
 Telefon 211 60 11

Schlußredaktion: Dr. Dieter Flämig, Stefan Siebner